

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

PASCUAL JORDAN

Kopernikus und die Entwicklung des abendländischen Denkens

Vortrag zur Kopernikus-Feier des Ostdeutschen Kulturrates in Aachen 28. 3. 54

Die Lehre des Nikolaus Kopernikus von der Bewegung der Erde um die Sonne ist uns längst zur Selbstverständlichkeit geworden. Gerade diese Selbstverständlichkeit erschwert es uns, die Bedeutung seiner geistigen Leistung zu würdigen. Wir müssen uns zurückversetzen in das Denken mittelalterlicher Menschen, wir müssen uns nachträglich wieder einfühlen in ihre Vorstellungswelt, um Rang und Maß der kopernikanischen Wendung erfassen zu können, um ihre Rolle in der abendländischen Geistesentwicklung zu ermessen. Wir bedürfen dieser rückblickenden Wiedereinführung insbesondere auch dann, wenn wir begreifen möchten, warum diese kopernikanische Wendung für damalige Menschen auch eine religiöse Erschütterung bedeutet hat.

Das mittelalterliche Weltbild faßte in unzerteilter Ganzheit Natur und Übernatur, Diesseits und Jenseits im anschaulich vorstellbarem Raume zusammen. Über der flachen Erdscheibe wölbte sich der Sternenhimmel. Das den irdischen Bereich nach oben abschließende Himmelsgewölbe war aber zugleich die geheimnisvolle Unterzone überirdischer Räume — des Himmelreiches, in welchem Gott inmitten der Scharen seiner Engel thront. Und auch die Macht des Bösen hatte ihren zugewiesenen Platz in diesem Weltbild, denn im unterirdischen Dunkel hatte die Hölle ihr finsterstes Reich.

Die Erde, das Diesseits, das menschliche Leben zwischen Geburt und Tod, war also ganz anschaulich-greifbar eingebettet im Spannungsfeld zwischen Himmel und Hölle; die Ganzheit der wirkenden, das menschliche Dasein beherrschenden Mächte — Natur und Übernatur — fand Platz im dreidimensionalen Raume; und die räumlichen Ordnungsbegriffe Oben und Unten symbolisierten zugleich die Ordnung nach Wert und Rang.

Aus der Geborgenheit dieses Weltbildes hat Kopernikus uns unwiderruflich herausgeführt. Er knüpfte dabei an Vorgänger an. Wenn wir uns in dieser Feierstunde auch seiner Vorläufer erinnern, so bedeutet das keine Verkleinerung seiner Leistung. Sondern es bedeutet ihre Einordnung in den großen Denkprozeß der Menschheit, wie er sich im Schrittmaß der Jahrhunderte vollzieht. Schon die Antike hat die Lehre des Kopernikus vorbereitet — so daß uns hier der große Brückenbogen sichtbar wird, der unsere abendländische Kultur mit der Antike verbindet.

Verschiedene Gelehrten und Philosophen antiker Zeit haben den Gedanken erörtert, daß die Erde nicht eine Scheibe, sondern eine Kugel sei. Aristoteles hat diese Vorstellung nachdrücklich vertreten; und später, in hellenistischer Zeit, hat Eratosthenes sogar die Größe dieser Erdkugel auszumessen vermocht. In pythagoreischen und plato-

nischen Spekulationen ist aber auch schon erwogen worden, nicht die Erde, sondern die Sonne in den Mittelpunkt des Weltgebäudes zu stellen. Aristarch, der die Lehre von der Bewegung der Erde um die Sonne wissenschaftlich zu präzisieren und auch unsere Entfernung von der Sonne zu messen versuchte, hat sich hierdurch in seiner heidnischen Umwelt eine Anklage wegen Gottlosigkeit zugezogen.

Die Begründung, welche Aristarch seiner Vorstellung geben konnte, war freilich noch schwach und unzureichend. Als einige Jahrhunderte später Ptolemäos in seinem berühmten Werk das gesamte astronomische Wissen damaliger Zeit zusammenfaßte, hierbei die Astro-

INHALT DIESER BEILAGE:

Pascual Jordan:

**Kopernikus und die Entwicklung des
abendländischen Denkens**

Robert Boothby:

Die Führung Westeuropas (S. 225)

Woodrow Wyatt:

Großbritannien liegt in Europa (S. 228)

Henry O. Brandon:

Augenschein in Asien (S. 231)

nomie als eine schon hochentwickelte Wissenschaft erweisend, setzte er noch einmal die Erde in den Mittelpunkt. Dort ist sie geblieben, bis Kopernikus kam.

Die Vorstellung von der Erde als Kugel war ja hingegen schon früher wieder lebendig geworden. Als Kolumbus aufbrach zu seiner abenteuerlichen Fahrt auf den freien Ozean hinaus, da handelte es sich keineswegs nur um ein Abenteuer. Sondern es handelte sich um eine echte Forschungsexpedition, um ein großangelegtes wissenschaftliches Experiment. Die Anregung zu diesem Experiment hatte Kolumbus dadurch erhalten, daß ihm ein gelehrter Freund erzählt hatte von der in den Schriften der Alten enthaltenen seltsamen Behauptung, daß die Erde eine Kugel sei.

Der durch **Kolumbus** erreichte endgültige Beweis, daß die Erde eine frei im Raum schwebende Kugel ist, zerstörte bereits ein wesentliches Stück des mittelalterlichen Weltbildes. Aber erst **Kopernikus** hat sich danach zu der geistigen Kühnheit erhoben, die Erde aus dem Mittelpunkt des Weltgebäudes zu entfernen, sie zu einem Himmelskörper, einem die Sonne umkreisenden Planeten zu erklären.

Nur zögernd, dem Drängen seiner Freunde folgend, hat sich **Kopernikus** bereit gefunden, seine revolutionierende Lehre in einem großen Buche niederzulegen. Auf dem Sterbebette wurde ihm das fertige Buch in die Hand gegeben; aber es scheint, daß er es nicht mehr erkannt hat. Die Beweisunterlagen, die **Kopernikus** zusammenfassend darstellen konnte, waren nun schon von erdrückendem Gewicht im Vergleich zu dem, was **Aristarch** bekannt gewesen war. Aber wir wollen es uns versagen, auf die Beweise näher einzugehen: Das würde diesen Vortrag in die Bahn einer fachwissenschaftlichen Vorlesung einmünden lassen. Infolgedessen müssen meine freundlichen Zuhörer entschuldigen, daß ich in meinem ganzen Vortrag eigentlich nur mittelbar von **Kopernikus** spreche. Ich habe von seinen Vorläufern gesprochen, und ich werde von seinen Nachfolgern sprechen; von ihm selber aber spreche ich unmittelbar am wenigsten. Denn ich will auch nichts Biographisches bringen. Eine Lebensbeschreibung dieses großen Deutschen, dieses großen Europäers, vor dem Hintergrunde einer buntbewegten Zeitgeschichte, das wäre eine große Aufgabe für einen Historiker, aber nicht für einen Physiker. Sondern ich will mich beschränken auf das Thema der Einordnung der kopernikanischen Tat in den Denkprozeß der Menschheit; dazu freilich ist es nun erforderlich, daß wir auch die geistesgeschichtliche Weiterentwicklung betrachten, um in der Erkenntnis des **Kopernikus** die Wurzeln des Späteren zu sehen. Eine vollständige Würdigung der Auswirkung der kopernikanischen Gedankenleistung würde freilich fast mit einer vollständigen Geschichte der Naturwissenschaften in nachkopernikanischer Zeit gleichbedeutend sein; ich muß mich also mit einigen Andeutungen begnügen.

Das große Dreigestirn

Da haben wir vor allem an drei Männer zu denken, an das Dreigestirn **Galilei**, **Kepler**, **Newton**.

Galilei, der Bahnbrecher der physikalischen Forschung, wurde durch die Erkenntnis der Fallgesetze zum Begründer der Mechanik. Indem er das Fernrohr nacherfand und es auf die Gestirne richtete, eröffnete er jene großartige Entfaltung der Astronomie, die erst durch das Fernrohr ermöglicht worden ist. **Galilei** wurde aber auch zum bedeutendsten Vertreter und Verfechter der Lehre des **Kopernikus**, nachdem er sich schließlich von ihrer Richtigkeit überzeugt hatte.

Al **Kepler** das kopernikanische Bild des Planetensystems verschärfte und verfeinerte, konnte er sich stützen auf die neuen umfassenden Messungen, die **Tycho de Brahe** in mühsamer, geduldiger Arbeit ausgeführt hatte. **Tycho de Brahe** war der letzte große Astronom, der noch ohne Fernrohr gearbeitet hat, wobei er eine erstaunliche Genauigkeit der Messungen erreichen konnte. Er selber blieb noch auf der Grundlage des **Ptolemäischen** Weltbildes stehen, das er nur in Einzelheiten zu verbessern suchte, um genauere Übereinstimmungen mit seinen Meßergebnissen zu erzielen. **Kepler** jedoch las in tiefdringender mathematischer Analyse aus den Ergebnissen **Tycho de Brahe's** heraus, daß die Planeten in Wahrheit nicht Kreisbahnen, sondern Ellipsenbahnen um die Sonne beschreiben. Die von **Kepler** in seinen berühmten Gesetzen gegebene genauere Beschreibung dieser elliptischen Bewegungen blieb freilich eine bloße Beschreibung, ohne schon auch einen Ansatz zu einem dynamischen Verständnis dieser Bewegung zu enthalten.

Zu diesem dynamischen Verständnis gelangte erst **Newton**, unbestritten als größter Physiker der Geschichte angesehen. Er ist der Vollender **Galilei's**; zugleich auch der Vollender des kopernikanischen Werkes. Die von ihm erkannten Grundgesetze der Mechanik liefern zusammen mit seinem Gravitationsgesetz die dynamische Begründung der **Keplerschen** Gesetze der elliptischen Planetenbahnen. Der geniale französische Mathematiker **Henri Poincaré** hat einmal gesagt, die Menschheit habe vom Sternenhimmel, von den Planeten, jene Gesetze der Mechanik gelernt, die später zur Grundlage unserer

Maschinenteknik geworden sind. Wie nötig dieses Lernen war, wie weit entfernt die Zeit vor **Newton** noch von einem Verständnis der mechanischen Gesetze war, zeigt uns das Beispiel des großen **Tycho de Brahe**, der die Meinung geäußert — und sie als einen ersten Einwand gegen **Kopernikus** betrachtet hat, die „träge, dicke Erde“ sei zu ungeschickt für die ihr von **Kopernikus** zugeschriebenen Bewegungen. Auch vermochte er sich nicht zu befreien von jenem damals landläufigen, oft vorgebrachten Einwand, welcher behauptete, daß die kopernikanische Lehre von der Erdbewegung widerlegt werde durch das senkrechte Niederfallen eines losgelassenen Steines. **Galilei** hatte diesen Einwand entkräftet durch den Hinweis, daß auch auf einem schnell dahin fahrenden Schiff ein losgelassener Stein senkrecht auf den Schiffsboden niederfällt.

Während also die Astronomie gewissenmaßen die Mutter der Mechanik geworden ist, konnte später — im vorigen Jahrhundert — die Mechanik umgekehrt noch einmal der Astronomie einen wesentlichen Dienst erweisen, durch ein Experiment, das schlagend zeigte, daß wirklich die Erde sich um ihre Achse dreht, so daß die tägliche Umdrehung des Fixsternhimmels nur eine scheinbare ist. Der Franzose **Foucault** erbrachte diesen Beweis durch seinen berühmt gewordenen Pendelversuch.

Ähnlich wie bei **Kopernikus** reichten auch bei **Newton** die gedanklichen Ausstrahlungen seines Werkes weit über Fachgrenzen hinaus. Erinnern wir uns daran, daß **Voltaire**, ein in der Naturforschung sonst recht fernstehender Geist, ein Buch über **Newton** verfaßt hat, um ihn den kontinentalen Europäern näher zu bringen. Aber augenblicklich wollen wir nur die von **Newton** ausgegangene Weiterentwicklung der Physik kurz betrachten. Nach dem Vorbild der **Newton'schen** Gravitationstheorie hat sich die Lehre von der Elektrizität entwickelt, deren Gesetze zum Teil erstaunlich enge mathematische Ähnlichkeit mit dem Gesetz der Gravitation besitzen. Im vorigen Jahrhundert hat sich in der Elektrizitätslehre noch einmal ein bedeutungsvoller Umschwung vollzogen: Der Übergang von der Fernwirkungstheorie zur Nahwirkungstheorie. Zwei elektrische Ladungen, die voneinander räumlich getrennt sind, üben dennoch Kraftwirkungen aufeinander aus, welche den zwischen ihnen liegenden räumlichen Abstand gewissermaßen zu überspringen scheinen. Die Fernwirkungstheorie hat solche über räumliche Entfernung hinwegreichende Kraftwirkungen als primäre, ursprüngliche physikalische Gesetzmäßigkeiten angesehen und sie mathematisch genau beschrieben. Aber die Engländer **Faraday** und **Maxwell** haben die Erkenntnis errungen, daß es sich nur scheinbar um Fernwirkungen handelt, daß sie zustandekommen als Ergebnis physikalischer Wirkungen, die sich von Ort zu Ort ausbreiten, ohne räumliche Abstände zu überspringen. Dies vertiefte Verständnis hat zur Entdeckung der elektrischen Wellen durch **Hertz** geführt.

Das **Newton'sche** Gravitationsgesetz ist ja ebenfalls ein Fernwirkungsgesetz; zeitgenössische Kritiker haben daran übrigens ersten Anstoß genommen, und **Newton** selber hat keineswegs dies Fernwirkungsgesetz als letzte, endgültige Wahrheit aufgefaßt, sondern nur als die beste zu seiner Zeit erreichbare Stufe der Erkenntnis.

Einsteins „allgemeine Relativitätstheorie“

Die höhere Stufe einer auch die Gravitation auf Nahwirkung zurückführenden Theorie ist erst in unserem Jahrhundert erreicht worden, nämlich durch **Einsteins** „allgemeine Relativitätstheorie“. **Einstein** ist damit der große Vollender **Newton's** geworden, so, wie **Newton** der Vollender **Galilei's** war. Indem die allgemeine Relativitätstheorie den Begriff der Bewegung relativiert, rückt sie nachträglich die Lehre des **Kopernikus** noch einmal in eine veränderte Beleuchtung. Man könnte, wenn man so wollte, von einer nachträglichen Einschränkung oder gar Aufhebung der kopernikanischen Behauptung sprechen; denn es erweist sich, daß die Bewegung der Erde um die Sonne nicht mehr von absoluter Bedeutung bleibt; grundsätzlich ist es nur eine Frage des Standpunkts, der Betrachtungsweise, welchen Körper wir als bewegt, und welchen wir als unbewegt ansehen wollen — die allgemeine Relativitätstheorie gibt uns die Möglichkeit, in folgerichtiger Betrachtung auch diejenigen Tatsachen jeder der gleichberechtigten Betrachtungsweise einzuordnen, welche früher (wie insbesondere der **Foucault'sche** Pendelversuch) eine absolute Bewegung der Erde zu beweisen schie-

nen. Die richtige und sinngemäße Bewertung ist aber sicherlich die, daß wir in dieser von Einstein herbeigeführten neuen Wendung nicht eine Einschränkung, sondern im Gegenteil die eigentliche Krönung oder letzte Vertiefung der kopernikanischen Lehre sehen.

Die Bedeutung Giordano Brunos

Nach diesem Überblick über die geistesgeschichtliche Einordnung der kopernikanischen Gedankenleistung möchte ich noch zwei Themen kurz betrachten, welche durch die kopernikanische Wendung tiefgreifend berührt worden sind. Ich spreche einerseits über die Kosmologie, und andererseits über den Begriff der Naturgesetzlichkeit. Wenn wir die nachkopernikanische Entwicklung der Kosmologie verfolgen wollen, so haben wir zunächst eines anderen bedeutenden Geistes zu gedenken, nämlich Giordano Brunos. Spätere Beurteiler haben in lebhafter Bewunderung Giordano Brunos häufig die tiefe Wesensverschiedenheit zwischen Kopernikus und Bruno verkannt. Ganz kurz könnten wir es so ausdrücken: Kopernikus war Naturforscher, Bruno hingegen war ein spekulierender Philosoph, der freilich die Naturwissenschaften stark und nachhaltig beeinflusst hat.

Schon Tycho de Brahe hatte darauf hingewiesen, daß die Fixsterne überaus weit entfernt sein müßten, wenn Kopernikus recht hätte; denn trotz der Schärfe seiner Messungen konnte Tycho de Brahe an den relativen Stellungen der Fixsterne keine jahreszeitlichen Veränderungen erkennen, wie sie vorhanden sein müßten, wenn die Erde im Laufe des Jahres einen so großen Kreis beschreibt, und ihre Stellung zu den Fixsternen so stark verändert. Erst im vorigen Jahrhundert ist es dem bedeutenden Astronomen Bessel gelungen, diesen Einwand Tycho de Brahes zu überwinden und ihn in einen entscheidenden astronomischen Beweis zugunsten des Kopernikus umzuwandeln: Die im Zeitalter der Fernrohr-Astronomie möglich gewordene Verschärfung der Messungen läßt wenigstens für die uns noch einigermaßen nahen Sterne der Milchstraße jene winzigen jahreszeitlichen Verschiebungen erkennen, die sich aus dem wechselnden Standort unserer Beobachtung ergeben. Die Feststellungen Tycho de Brahes, daß auf Grund der kopernikanischen Lehre die Fixsterne überaus weit entfernt sein müßten, ist damit bestätigt und präzisiert worden.

Bereits Giordano Bruno hat aber gelehrt, daß die Fixsterne andere Sonnen seien, und das war zweifellos ein großer Gedanke. Kopernikus hatte noch von der „stillstehenden Sphäre der Fixsterne“ gesprochen. Jetzt erst, durch Giordano Bruno, wurde diese das Diesseits umschließende Sphäre endgültig zertrümmert, wurde endgültig der gesamte Raum für die Natur, den astronomischen Kosmos, in Anspruch genommen.

In der Ausmalung seiner Lehren hat Bruno eine Fülle mystisch-pantheistischer Gedanken vorgetragen, die für die europäische Geistesentwicklung keine Bedeutung gewonnen haben. Aber vier Thesen, die er in diesem Zusammenhange ausgesprochen hat, gewannen — losgelöst vom Hintergrunde der mit ihnen verwobenen mystischen Spekulation — richtunggebende, beherrschende Bedeutung für die Astronomie im Zeitalter der Fernrohr-Forschung. Nach Giordano Bruno ist der Weltraum als solcher unendlich groß. Das Weltall, der Kosmos besteht seit unendlich langer Zeit und wird in unendliche Zukunft hinein weiterbestehen, im Großen unveränderlich trotz allen Wechsels im Einzelnen. Im unendlichen Raume gibt es unendlich viele Sonnen. Unter den unendlich vielen Planeten dieser unendlich vielen Sonnen gibt es auch unendlich viele bewohnte Himmelskörper: Das Leben ist eine durch das ganze Weltall verbreitete Erscheinung.

Ernste Fragezeichen

Erst in unserem Jahrhundert haben sich zu diesen vier berühmten Behauptungen Giordano Brunos ernste Fragezeichen ergeben. Erstens bezweifeln heutige Astronomen und Physiker, gestützt auf die schon erwähnte Einsteinsche allgemeine Relativitätstheorie, die Unendlichkeit des Weltraums. An dieser Stelle haben wir eines anderen großen Stückes aus der geistigen Hinterlassenschaft der Antike zu gedenken. Neben der antiken Astronomie steht als andere, gleichermaßen überragende Leistung die antike Geometrie, die mathematische Raumlehre,

wie sie vor allem in den berühmten Büchern des Euklid niedergelegt ist.

Erst im vorigen Jahrhundert konnten sich Zweifel erheben, ob die euklidische Geometrie mit abschließender, vollkommener Genauigkeit die endgültige Wahrheit ausspreche; die damals entwickelte „nicht-euklidische“ Geometrie erwies die Denkmöglichkeit gewisser Abweichungen von den euklidischen Gesetzen — Abweichungen, die innerhalb irdischer Maßstäbe noch keinerlei Rolle spielen, aber in den riesigen Verhältnissen des Kosmos grundsätzliche Bedeutung erlangen können. In diesem Rahmen hat es sich als logisch-mathematisch möglich erwiesen, daß das Weltall, der allumfassende Raum, als solcher trotz Unbegrenztheit von endlicher Gesamtgröße sein könnte. Die Frage ist heute noch unentschieden; die größte Sternwarte der Welt auf dem Mount Palomar in Kalifornien, ist der Klärung dieser Frage gewidmet.

Sehr entschieden verneint aber die moderne Forschung schon heute die Behauptung einer bis in unendliche Ferne erstreckten Vergangenheit des Kosmos. Die Geschichtlichkeit des astronomischen Alls, seine fortschreitende Entwicklung und Veränderung ist uns zur Gewißheit geworden, und schwerwiegende Gründe sprechen dafür, daß diese Geschichte des Kosmos vor etwa vier Milliarden Jahren begonnen hat — wahrscheinlich mit einem echten Anfang der Zeit als solcher, wie er bereits von philosophischen Theologen früherer Jahrhunderte aus ganz anderen Gründen angenommen war. Wenn der Raum nicht unendlich ist, so gibt es nicht unendlich viele, sondern nur sehr viele, aber endlich viele Sonnen. Es gibt dann auch nur endlich viele als Wohnstätte organischen Lebens geeignete Planeten; und die Frage wie viele das sein mögen, stellt uns vor ganz neue Aufgaben. Wir wissen darüber noch fast nichts. Viele Naturforscher sind heute noch der Ansicht, daß Giordano Bruno wenigstens darin recht gehabt habe, daß das organische Leben eine im Kosmos sehr häufige, verbreitete Erscheinung sei. Ich selber möchte auch hierzu ein Fragezeichen machen. Schwerwiegende Gründe scheinen mir dafür zu sprechen, daß das organische Leben — sehr vorsichtig ausgedrückt — jedenfalls eine im Kosmos überaus seltene Erscheinung ist.

Im Ganzen sind also die modernen Entwicklungen der Naturwissenschaft den Spekulationen Giordano Brunos nicht günstig gewesen. Durch das, was er in kühnem Gedankenflug vermutet hat, ist er zwar der Astronomie ein großer Anreger geworden; aber nur wenig davon hat sich als bleibend erwiesen.

Um so heller strahlt durch die Jahrhunderte der Stern des Kopernikus. Im Vergleich dieser beiden Gestalten wird uns ergreifend deutlich, worin das Wesen von Forschung und Wissenschaft liegt. In Kopernikus verkörpert sich die Demut echter Erkenntnis. Er kennt und befolgt das strenge Gebot einer Beschränkung der Aussage auf das, was zuverlässig gesagt und auch bewiesen werden kann. Im sorgfältigen, gewissenhaften Zusammentragen von Beweisen sammelt er Baustein um Baustein für das Gebäude der Erkenntnis; und er beugt sich der Tatsache, daß dies Gebäude immer unfertig bleiben muß, immer offen und unabgeschlossen, nur ein Fragment. Er verschmäht den Ausweg spekulierender Phantasie, die zu abschließender, letztgültiger Gesamterkenntnis kommen und das Gebäude eigenwillig krönen möchte.

Begriff der Naturgesetzlichkeit

In der Entwicklung unserer Vorstellungen vom Wesen der Naturgesetzlichkeit können wir drei Stufen unterscheiden: Plato hat dazu aufgefordert, die scheinbar so verwickelten Bewegungen der Planeten — mit den merkwürdigen Schleifen, die sie am Himmelsgewölbe bilden — durch mathematische Zerlegung auf einfache, gleichmäßige Bewegungen zurückzuführen. Der Vollkommenheit der Himmelskörper sei es angemessen, in Wahrheit einfache, gleichmäßige Bewegungen auszuführen. Der damit ausgedrückten Vorstellung von Naturgesetzlichkeit entspricht nicht nur die gesamte antike Astronomie, sondern auch Kopernikus steht mit seinen unwälzenden Gedanken noch ganz im Rahmen dieser Vorstellung. Tatsächlich ergab sich ja eine großartige Vereinfachung des Bildes der Planetenbewegung durch seine die Sonne zum Mittelpunkt machende Betrachtungsweise: Wenngleich den meisten seiner Zeitgenossen diese Betrachtungsweise zumindest eine kaum vollziehbare Abstraktion bedeutete, so erreichte sie jedenfalls in unüberbiet-

barer Schönheit und Vollkommenheit das Bild gleichmäßiger und einfacher Bewegung.

Die Verfeinerung, die Kepler diesem Bilde gab, bedeutete freilich zugleich auch eine nachträgliche Komplizierung: Die Ersetzung der Kreisbahnen durch Ellipsen ergab jedenfalls einen Verlust an Einfachheit, dem jedoch die in den Keplerschen Gesetzen ausgedrückte wunderbare mathematische Harmonie dieser Ellipsenbewegung gegenüberstand.

Indem Newton die tiefere dynamische Deutung der Keplerschen Gesetze fand, schuf er (an Galilei anknüpfend) einen vertieften Begriff der Naturgesetzlichkeit. Hiernach bedingen die Naturgesetze nicht mehr unmittelbar eine in einfache mathematische Aussagen zu fassende Gesamtgestalt der Planetenbahnen, sondern diese Bahnen kommen mittelbar zustande auf Grund einer ursprünglicheren, tieferen Gesetzlichkeit, welche ausspricht, wie sich der Planet an irgendeiner Stelle seiner Bahn unter dem Einfluß der auf ihn wirkenden Kräfte unmittelbar weiterbewegen muß. Von da aus ergab sich, daß die Keplerschen Ellipsen eine nicht in voller Reinheit verwirklichte Idealform der Planetenbahnen sind: Sie ergeben sich aus den Newtonschen dynamischen Gesetzen auf Grund des Umstandes, daß jeder Planet in erster Linie nur von der Gravitation der Sonne beeinflusst wird. Aber daneben gibt es auch eine Gravitationsanziehung der Planeten untereinander; und diese muß gewisse kleine Abweichungen von den Kepler-Bahnen, kleine Störungen dieser Bahnen zustande bringen. Newton war überzeugt, daß diese Störungen trotz ihrer Kleinheit im Laufe langer Zeit so sehr anwachsen müßten, daß sie das Planetensystem in völlige Verwirrung bringen würden. Er folgerte daraus, daß von Zeit zu Zeit regelnde Eingriffe Gottes, unter Durchbrechung der Naturgesetze, die Ordnung des Planetensystems wiederherzustellen hätten.

Die Natur ist mit sich allein

Später jedoch haben jene genialen französischen Mathematiker, welche Newtons Theorie mathematisch ausgebaut haben, auch den Beweis geliefert, daß die wechselseitigen Störungen der Planeten über lange Zeiten hin keineswegs zu beträchtlichen Veränderungen der Bahnellipsen führen; diese Veränderungen gleichen sich über sehr lange Zeiten hin im Wesentlichen wieder aus. Dies Ergebnis hat entscheidend dazu beigetragen, in den führenden Köpfen der abendländischen Naturwissenschaft die Vorstellung zu festigen, daß die Natur mit sich allein sei, daß die in sich geschlossene Naturgesetzlichkeit ausreichend sei — ohne regelnde Eingriffe Gottes — den Kosmos in seiner Ordnung zu erhalten.

Eine besondere Verschärfung erhielt die damit begründete Vorstellung von der in sich abgeschlossenen Natur, als man sie von den Gestirnen übertrug auf die Atome. Die antike Atomphilosophie, vor allem durch Demokrit geschaffen, ist neben antiker Geometrie und antiker Astronomie die dritte jener uns aus der Frühzeit menschlicher Erkenntnis überlieferten Gedankenleistungen, auf denen unsere moderne Welt beruht. Folgen wir der Lehre Demokrits, wonach es nichts gibt als die Atome und den leeren Raum, und stellen wir uns die für die Bewegung der Atome maßgebende Naturgesetzlichkeit nach Art derjenigen vor, die Newton im Planetensystem gefunden hat, so gewinnen wir in voller Schärfe das Bild einer Natur, die einem riesigen Uhrwerk gleicht, in jeder Feinheit des Geschehens uhrwerksmäßig vorausbestimmt. In dieser lückenlosen Vorausbestimmung des Naturgeschehens bleibt weder ein Bedürfnis noch eine Möglichkeit für regelnde Eingriffe des Schöpfers, wie Newton sie angenommen hatte. Der Lenkung Gottes entzogen, bleibt diese Natur mit sich allein.

Zur dritten Stufe im grundsätzlichen Verständnis der Naturgesetzlichkeit ist erst unser eigenes Jahrhundert gekommen, durch Quantentheorie und Atomphysik. In unserer Zeit haben die Atome, indem sie Gegenstand der physikalischen Erforschung geworden sind, andererseits aufgehört, mögliche Gegenstände spekulierender Vermutung zu sein; wir können nicht mehr der Phantasie erlauben, uns das Reich der Atome auszumalen. Sondern wir sehen heute in diese Unterwelt der Atome hinunter und müssen uns abfinden mit einem sehr unerwarteten, befremdenden Bild.

Hier an dieser Stelle sind wir am weitesten entfernt von jenem heroischen Zeitalter abendländischer Naturforschung, das durch Ko-

pernikus eröffnet und durch Galilei, Kepler, Newton gestaltet worden ist. Wenn wir Einstein als Vollender des Gedankenwerkes jener Großen der Vergangenheit bezeichnen durften, so haben wir Plank und Bohr schon als Überwinder jener Epoche anzusehen. Aber auch sie stehen auf den Schultern derer, die vorangegangen sind; auch ihre Erkenntnisse wären der Menschheit nicht anders erreichbar gewesen, als auf dem Wege über die Erkenntnis des Kopernikus.

In der menschlichen Erkenntnis liegt Versuchung und Gefahr

Schon in meinen einleitenden Ausführungen habe ich versucht, die religiöse Erschütterung nachfühlbar zu machen, als welche die kopernikanische Wende von den Zeitgenossen erlebt worden ist. Bekanntlich hat Luther die Lehre des Kopernikus abgelehnt und ihn einen Narren gescholten. Die katholische Kirche hat sich zunächst abwartend verhalten. Nachdem aber durch Giordano Bruno das ganze Ausmaß der gefährlichen Perspektiven sichtbar geworden war, zu denen die kopernikanische Lehre verlocken konnte, kam es 1616 zu einem Verbot aller Schriften, welche die Bewegung der Erde um die Sonne oder die Drehung der Erde um ihre Achse lehrten. Dies Verbot hat länger als zweihundert Jahre bestanden; es hat auch die Grundlage für den Inquisitionsprozeß gegen Galilei geliefert.

Ein bedeutender katholischer Denker unserer Zeit, Friedrich Dessauer, hat dem Prozeß Galilei eine ausführliche Studie gewidmet. Er hat das damals gefällte Urteil als einen folgenschweren Irrtum bezeichnet und darauf hingewiesen, daß gerade von da an eine Bewegung zur Auswanderung der Naturforschung aus dem kirchlichen Bereich begonnen hat — eine vorher unbekannt gewesene Trennung der Naturwissenschaften von allem theologischen Denken. Dessauer hat die Überzeugung ausgesprochen, daß diese Trennung für die abendländische Entwicklung verhängnisvoller, noch verhängnisvoller geworden sei, als die konfessionelle Zerspaltung der Christenheit.

Die Welt ist heute in Schrecken und Angst versetzt durch die Atombombe. So haben wir heute kein Verständnis mehr für jene Stimmungen und Meinungen, die am Beginn unseres Jahrhunderts so verbreitet waren — jene bedingungslose Anpreisung des sogenannten Fortschritts, welche überzeugt war, daß die Fortentwicklung von Naturwissenschaft und Technik auch zu einer moralischen Neugestaltung der Menschenwelt führen und die Menschen in friedliche Lämmer verwandeln würde. Es lag dabei ja die Meinung zugrunde, nur durch Mangel und Not würden die Menschen zum Streit gezwungen und zum Bösen getrieben — ganz von selber würde das Böse verschwinden und der Frieden sich ausbreiten, indem der Fortschritt der Technik allen Mangel behöbe.

In der empirischen Wirklichkeit ist es ja anders gekommen — der Fortschritt der Technik hat der Zerstörung neue Waffen geliefert, ohne die Menschen selber geändert zu haben. Und so könnten heute Zweifel entstehen — und sind auch entstanden — ob eine Bewertung der historischen Entscheidungen in dem von Dessauer vertretenen Sinne richtig ist. Hätte es nicht vielleicht im Gegenteil eine rettende Bewahrung der Menschheit bedeuten können, wenn es im Prozeß Galilei gelungen wäre, eine Bremsung, eine Verlangsamung der naturwissenschaftlichen Entwicklung zu erreichen?

Meine Eigenschaft als Naturforscher, als ein Mensch, der die naturwissenschaftliche Arbeit zu seinem Handwerk, zu seinem Beruf gemacht hat, berechtigt mich nicht, zu dieser Frage ein Urteil abzugeben. Denn ich bin ja als solcher nicht neutral, nicht unbefangen.

Ich glaube aber, daß ich als Christ zu dieser Frage ein Urteil zu äußern versuchen darf. Da scheint es mir, daß die Kirche des 17. Jahrhunderts im bestimmten Sinne recht gehabt hat mit ihrem tiefen Mißtrauen, mit ihrer tiefen Besorgnis gegenüber einer allzu stürmisch vordringenden Kühnheit der Forschung. In der menschlichen Erkenntnis liegt auch Versuchung und Gefahr — das beginnt uns heute wohl deutlicher sichtbar zu werden, als je zuvor.

Ich glaube aber auch, daß wir dieser Versuchung und Gefahr nicht ausweichen dürfen. Ich glaube, daß sie uns als eine Prüfung auferlegt ist. Gott will, daß wir diese Prüfung in Tapferkeit bestehen.

So wollen wir uns heute aufrichten am Beispiel eines Großen der Vergangenheit, der diese Prüfung bestanden hat.

ROBERT BOOTHBY

Die Führung Westeuropas

Die beiden Aufsätze von Robert Boothby und Woodrow Wyatt wurden mit freundlicher Genehmigung des Verlages der englischen Zeitschrift „THE TWENTIETH CENTURY“ (April 1954) entnommen.

Großbritannien steht heute mehr als Frankreich am Kreuzweg. Die Probleme Westeuropas sind ihm mit einem Knall in den Schoß gefallen, ihnen kann nicht länger ausgewichen werden, obwohl die große Mehrheit der Politiker die Augen für eine Dekade von ihnen abgewandt hat. Unter diesen Umständen ist es kaum überraschend, daß das plötzliche Entstehen der gegenwärtigen Krise — denn es ist eine solche — unter den Anhängern der beiden Hauptparteien beträchtliche Unordnung hervorgerufen hat. Die Konservativen befinden sich in einer besseren Verfassung als die Sozialisten, denn sie glauben zumindest, daß die Wiederbewaffnung Westdeutschlands unvermeidlich geworden ist. Es bleibt die Tatsache, daß das Unterhaus vor einer der beiden Alternativen eines Dilemmas steht, was nicht weniger schwierig ist und sogar noch größere Konsequenzen in sich birgt als die Probleme, in die die französische Nationalversammlung gegenwärtig verwickelt ist. Frankreich steht vor der Wahl, ob es die europäische Verteidigungsgemeinschaft in ihrer gegenwärtigen Form annehmen oder ablehnen soll. Großbritannien steht vor der Wahl, ob es die Führung Westeuropas annehmen oder den Deutschen überlassen soll.

Bevor man versucht, sich mit der gegenwärtigen Situation zu befassen, ist eine Rekapitulierung der Ereignisse — und der Fehler — notwendig, die dazu führten. Schon im Jahre 1946 befürwortete eine kleine Gruppe von uns im Unterhaus die Bildung einer regionalen Union Westeuropas unter Einschluß dessen, was heute die Bundesrepublik Deutschland darstellt. Wenn ich einige meiner eigenen Beobachtungen aus dem Frühjahr 1946 zitiere, so geschieht dies lediglich deshalb, weil ich sie gerade zur Hand habe:

„Ich kann auf die Probleme, die jetzt über einer vom Kriege zerrissenen und in Unordnung gebrachten Welt liegen, keine andere Antwort finden, als die Bildung regionaler Gruppen. Nennen Sie sie Vereinigte Staaten, Föderationen, Unionen, Commonwealth, Blocks oder wie Sie wollen, sie sollten etwas weniger als ein einziger souveräner Staat und etwas mehr als ein Bund souveräner Staaten sein. In Westeuropa müssen wir die Führung übernehmen und die Initiative

ergreifen. Beginnen Sie mit der Bildung eines Rates . . . und mit vielseitigen Handelsabkommen. Fahren Sie fort mit der Integration und internationalen Verwaltung der Schwerindustrien, nicht nur der Ruhr, sondern auch von Großbritannien, Belgien, Luxemburg, der Saar und Lothringen. Beleben Sie und erweitern Sie das Sterling-Gebiet einschließlich des Dollar-Pools, indem Sie sich auf eine gemeinsame Politik stützen, die die Schaffung von Preisstabilität, Vollbeschäftigung und eine Hebung des Lebensstandards in jedem Mitgliedsstaat zum Ziele hat . . . Wir müssen wohl den Tatsachen unserer Situation entgegensehen, aus denen ersichtlich ist, daß die kleineren Nationen Westeuropas, von denen wir eine sind, keine Hoffnung haben können, in der Isolierung zwischen den beiden großen Blocks der Sowjet-Union auf der einen Seite und den Vereinigten Staaten auf der anderen, verstärkt durch ihre Satelliten, zu überleben. Wenn wir nicht zusammen eine gemeinsame politische und wirtschaftliche Richtung einschlagen, werden wir unvermeidlich früher oder später in einem dieser beiden großen politischen Blocks, die uns umgeben, der eine im Osten und der andere im Westen, aufgehen . . . Wir stehen heute vor der Wahl zwischen einer Wiedergeburt der europäischen Zivilisation und einer längeren Nacht, als wir uns jetzt vorstellen können“.

Unsere Bemühungen erhielten einen gewaltigen Auftrieb durch eine Rede, die Mr. Churchill seinerzeit in Zürich hielt. Die Europa-Bewegung war gebildet worden und hielt im Mai 1948 einen Kongreß in Den Haag, der direkt zur Bildung des Europa-Rates in Straßburg führte. Aber

leider hat die Labour-Party nichts davon gehalten. Mit wenigen ehrenwerten Ausnahmen boykottierte sie die Europa-Bewegung und zeigte der Beratenden Versammlung die kalte Schulter. Der Ministerausschuß erhielt keinerlei Ermunterung von Mr. Bevin und lehnte es ab, auf irgendeinem Gebiet die Initiative zu ergreifen. Von Anfang an machte er sich einer „trägen Oberflächlichkeit“ schuldig, wie es Mr. Denis Healy nannte. Trotzdem hatte die Konzeption eines vereinten Europas einen beachtlichen Einfluß auf die Jugend des Kontinents, worüber man sich im Vereinigten Königreich überhaupt nicht im klaren war. Sie glaubte nicht mehr länger an Nationalismus, weil er niemanden vor Eroberung und Besetzung gerettet hatte. Sie war auf der Suche nach einem neuen politischen Glauben und war der Ansicht, sie habe einen gefunden.

Der Europa-Rat wurde nach einem langsamen Start durch die Inangriffnahme des Schumanplans zu neuem Leben erweckt. Darin lag zwar nichts Originelles, aber insoweit, als es sich um einen echten Versuch handelte, das Eis zu brechen, die Bewegung für die Europäische Union wieder zu beleben und das Problem der französisch-deutschen Beziehungen zu lösen, rüttelte er den Geist der westlichen Welt auf. Nur die Labour-Regierung stand wieder einmal fern. Am 27. Juni 1950 brachte die konservative Opposition im Unterhaus einen Vorschlag ein, mit dem die Labour-Regierung zur Teilnahme an den Diskussionen aufgefordert wurde. Dies wurde mit einer Mehrheit von 20 Stimmen abgelehnt.

Den Wagen vor das Pferd gespannt

Im August des gleichen Jahres ergriff Churchill selbst Maßnahmen vor der Beratenden Versammlung. Er schlug die sofortige Bildung einer europäischen Armee unter einem europäischen Verteidigungsminister vor, der unter wirksamer demokratischer Kontrolle und in voller Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Kanada handeln sollte. Er sagte:

„Jene, die der höchsten Sache dienen, dürfen nicht das in Erwägung ziehen, was sie erhalten, sondern was sie geben können . . . Wir sollten

die praktische und konstruktive Anleitung geben, indem wir uns zugunsten der sofortigen Schaffung einer europäischen Armee unter einem gemeinsamen Kommando erklären, in welchem wir alle eine wertvolle und ehrenvolle Rolle spielen sollten“.

In der darauffolgenden Debatte erklärte Duncan Sandys, wir hätten eine positive Pflicht, das historische Projekt, das wir selbst eingeleitet hatten, zum Erfolg zu bringen. Wenn wir versagen würden, müßten wir eine schreckliche

Verantwortung vor den zukünftigen Generationen übernehmen. Henry Hopkinson forderte die Versammlung auf, alle Zweifel und selbstsüchtigen Ziele beiseite zu schieben und sich auf jedes notwendige Opfer zur Sicherung unserer Zukunft als Europäer, als Demokraten und als freie Menschen vorzubereiten. Schließlich sagte Harold Macmillan, nachdem er darauf hingewiesen hatte, daß die Elbe unsere eigene Grenze sei, und nachdem er „unsere deutschen Kameraden“ aufgefordert hatte, sich in der Verteidigung uns anzuschließen, daß eine Empfehlung verabschiedet werden sollte, die für alle Völker und Regierungen in allen Teilen der Welt „ein anspornendes Zeichen des Mutes und des Vertrauens sein sollte“. Alle drei Persönlichkeiten haben heute hohe Regierungsämter in der Regierung Ihrer Majestät inne.

Ich persönlich stimmte für den Vorschlag mit einiger Besorgnis, weil ich seinerzeit und auch seitdem stets die Ansicht vertrat, daß es ein Fehler war, die Wiederbewaffnung der Deutschen zu versuchen, bevor wir mit ihnen Frieden geschlossen haben. Wenn wir vor drei Jahren verhandelt und mit der Bundesrepublik einen Friedensvertrag unterzeichnet hätten, in dem die Frage der deutschen Wiederbewaffnung offen geblieben wäre, dann würden, dessen bin ich sicher, die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland wesentlich besser als heute sein, und eine europäische Verteidigungsstreitmacht würde jetzt unter glücklicheren Umständen sicherlich Wirklichkeit werden. Ich war der Ansicht und glaube noch immer, daß wir den Wagen vor das Pferd spannen. Mr. Acheson bestand jedoch mit der Unterstützung Bevins auf einer beschleunigten deutschen Wiederaufrüstung und auf Grund des gemeinsamen amerikanischen und britischen Drucks entstand der Plevan-Plan.

An diesem Punkt machten die Franzosen einen gewaltigen Fehler, von dessen Folgen sie sich seitdem verzweifelt frei zu machen versuchen. Indem sie auf der Bildung einer starren „supranationalen“ politischen Behörde bestanden, verloren sie langsam die britische Sympathie und Unterstützung. Trotz dieser Tatsache zwang die konservative Opposition die Regierung im Unterhaus, an den Beratungen teilzunehmen, die zum Deutschland- und zum EVG-Vertrag führten. In bezug auf den Schumanplan setzte sie sich jedoch vergeblich ein. Es lohnt sich, das zu wiederholen, was Mr. Eden bei dieser Gelegenheit erklärte (12. Februar 1951):

„Die Europa-Armee würde natürlich einen Teil der atlantischen Streitmacht General Eisenhowers bilden. Französische, belgische und deutsche Einheiten und vielleicht auch andere würden darin vertreten sein. Ich würde hoffen, daß wir soweit kommen.“

Ich möchte nicht vorschlagen, daß unsere Verteidigungsbemühungen auf dem Kontinent auf die Europa-Armee verlagert werden sollen, ich bin jedoch der Ansicht, daß die Gelegenheit einzigartig ist und wir es uns selbst niemals vergeben würden, wenn wir sie nicht ausnutzen . . . Ich weiß, daß die Vertreter Frankreichs, Italiens, Belgiens und der Niederlande gegenwärtig in Paris dieses Projekt beraten . . . Wir sollten dort

meiner Meinung nach durch unseren Botschafter vertreten sein, jedoch nur als Beobachter. Ich möchte die Regierung bitten, selbst noch zu dieser späten Stunde ihre Entscheidung noch einmal zu überprüfen und einen Delegierten zu dieser Konferenz zu entsenden, der, getragen von dem ehrlichen Wunsche der Bildung einer europäischen Streitmacht, konstruktive Vorschläge unterbreitet und versucht, die technischen Schwierigkeiten zu überwinden.

Im Herbst 1951 wurde die Labour-Regierung durch eine konservative Regierung abgelöst, und kurz danach fand in Straßburg eine Debatte zwischen Delegierten des Kongresses der Vereinigten Staaten und der Beratenden Versammlung des Europa-Rates statt. Ich wurde eingeladen, als Vertreter der Konservativen Partei daran teilzunehmen und fand mich bald einem freundschaftlichen aber starken Druck seitens der verehrten Senatoren und Abgeordneten ausgesetzt. Senator Wiley, der gegenwärtige Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses, fragte mich, ob ich nicht der Ansicht sei, daß die Zeit für eine Weitsicht fordernde Größe und Führerschaft gekommen sei, damit die Völker selbst die Notwendigkeit für irgendeine Art der Einheit erkennen würden, und Senator McMahon erklärte, daß die Haltung des amerikanischen Volkes beachtlich von dem Fortschritt an zwei besonderen Projekten beeinflusst werde — dem Schumanplan und der Europa-Armee. Darauf antwortete ich mit Überzeugung:

„Ich stimme dem bei. Es handelt sich um zwei sofortige Prüfungen unserer Aufrichtigkeit.“

Folgeschwere Ereignisse

Am gleichen Abend gab Eden in Rom bekannt, daß die britische Regierung beschlossen habe, an der vorgesehenen Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nicht teilzunehmen.

Wenn man sagt, daß diese Ankündigung von der Versammlung mit Gefühlen allergrößter Bestürzung aufgenommen wurde, so macht man sich keiner Übertreibung schuldig. Es war ein schwerer Schlag, und er hatte sofortige Folgen. Einmal verkleinerte er das Prestige und den Status des Europa-Rates in einer Weise, der ihm kaum noch eine Spur von Autorität und Einfluß ließ und von dem er sich seitdem nicht mehr erholt hat. Zum anderen gab er der Forderung nach einer Sechsmächte-Föderation Auftrieb, von der Großbritannien und die Skandinavischen Länder ausgeschlossen sein sollten. Die europäische Bewegung führte eine Propagandakampagne durch, um dieses Ziel zu erreichen, und M. Spaak legte die Präsidentschaft der Beratenden Versammlung nieder, um diese zu leiten. Dies waren folgeschwere Ereignisse.

Sofort ergab sich eine schwere Meinungsverschiedenheit zwischen den Anhängern der „kleinen Föderation“ und denjenigen, die behaupteten, solange die Rote Armee im Herzen Europas bliebe, könnte es keine reine europäische Lösung irgendwelcher vor uns liegenden wichtigen Probleme geben. Die Argumente wurden in den Debatten der Beratenden Versammlung im Mai und im September vergangenen Jahres von allen

Wenn wir diese beiden Projekte in der nahen Zukunft durchbringen, so wird dies der Welt und den Vereinigten Staaten zeigen, daß wir eine Sache meinen und wenn wir es nicht tun, so wird es eine schlechte Sache sein“.

In der folgenden Sitzung der Beratenden Versammlung war der neue Innenminister Sir David Waxwell Fyfe anwesend. Im Namen der Regierung versprach er in einer Rede am 28. November, eine ständige Delegation am Sitz der Hohen Behörde des Schumanplanes einzusetzen, „um mit dieser die Verbindung und Arbeitsbeziehungen aufzunehmen“. Die Delegation wurde, wie versprochen, entsandt, jedoch wurden keine Arbeitsbeziehungen aufgenommen. Zum Plevan-Plan sagte der Minister:

„Ich kann Ihnen nicht versprechen, daß unsere endgültige Bindung mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft die volle und bedingungslose Teilnahme bedeutet, weil dies, wie ich sagte, eine Angelegenheit ist, die unserer Ansicht nach einer zwischenstaatlichen Beratung auf einer anderen Ebene überlassen bleiben muß. Ich kann Sie jedoch unserer Entschlossenheit versichern, daß wir alle ehrlichen Vorschläge so sorgfältig prüfen werden, wie man es einem vertrauten Kameraden schuldig ist“.

Später am Abend fügte er in einer Pressekonferenz hinzu:

„Es ist vollkommen verkehrt zu behaupten, daß ich in irgendeiner Weise von einem Schließen der Tür durch Großbritannien gesprochen habe . . . Ich habe klar gemacht, daß es für Großbritannien keine Weigerung gibt“.

Seiten durchgesprochen. Sie endeten in einem Stillstand und in einem mehr oder weniger stillschweigenden Übereinkommen, die Ergebnisse einer Konferenz mit den Russen abzuwarten. Die Franzosen bekamen kalte Füße, und es setzte eine merkliche Verschlechterung der französisch-deutschen Beziehungen ein. Im Verlaufe des vergangenen Jahres wurde es in steigendem Maße augenscheinlich, daß Westeuropa nicht für den vordringlichen Zweck, eine Europa-Armee zu schaffen, vereinigt werden kann. Es kann keine andauernde internationale Zusammenarbeit oder guter Wille entstehen, indem man die Völker zwingt aufzurüsten oder die Wiederaufrüstung anderer gegen ihren Willen zu akzeptieren.

Gegen diesen Hintergrund müssen wir die gegenwärtige europäische Krise betrachten. Sie ist durch die Berliner Konferenz entstanden, die uns alle an den Rand einer Entscheidung gebracht hat. Hier wurde eine Demarkationslinie zwischen dem Osten und dem Westen, zwischen der sowjetischen Einflußsphäre und der westlichen Welt entlang des bestehenden „Eisernen Vorhangs“ für vielleicht eine kommende Generation geschaffen. Niemand sollte mit einer Anerkennung für Mr. Foster Dulles, M. Bidault und Mr. Eden zurückhalten. „Sie beugten sich“, wie der letztere sagte, „weit nach hinten über“, um ein Abkommen über die Wiedervereinigung Deutschlands und die Befreiung Oesterreichs

sicherzustellen. Sie hatten lediglich keinen Erfolg, weil Molotow es von Anfang an klar machte, daß die Russen dort bleiben, wo sie jetzt stehen, und daß sie gegenwärtig an keinen Verhandlungen interessiert sind, die den Abzug der Roten Armee aus irgendeinem Teil mit sich bringen könnten. Molotow schien nur auf eine Sache bedacht zu sein — auf eine Erklärung der Westmächte, daß die Bonner Regierung die zukünftige Regierung eines vereinigten Deutschlands nicht binden könnte. Er erhielt sie. Die hieraus zu ziehende Schlußfolgerung ist klar. Die Russen messen zur Zeit dem tatsächlichen Besitz Ostdeutschlands und der Territorien jenseits der Oder-Neiße-Linie mehr Bedeutung bei als der hypothetischen Gefahr eines westdeutschen Beitrages zu einer europäischen Streitmacht. Es könnte wohl sein, daß sie irgendeine Art „Handel“ mit Deutschland zu einem späteren Zeitpunkt erwägen, denn sie können immer etwas anbieten, was der Westen niemals anbieten kann — die Wiedervereinigung Deutschlands. Mittlerweile ist es irgendwie ein Wunder, daß die Konferenz mit nur unterschiedlichen Differenzen mehr in einer Entspannung als in einer Zunahme der Spannungen zwischen Ost und West endete. Dafür müssen wir dankbar sein; wir müssen uns jedoch auch auf eine verlängerte Zeitspanne des „kalten Friedens“ vorbereiten.

Niemand kann behaupten, daß wir heute darauf vorbereitet sind. In mehr als einer Beziehung sind die Aussichten für Westeuropa finster. Die vorgesehene „kleine Föderation“ verdorrt. Die EVG wird in ihrer jetzigen Form von Frankreich voraussichtlich nicht ratifiziert werden. Und wir haben zum gegenwärtigen Zeitpunkt nichts, was

wir an ihre Stelle setzen können. Ein Trost ist jedoch vorhanden, die Ablehnung einer schlechten oder unzureichenden Politik klärt den Boden für die Annahme einer guten, und es ist immer noch genug Zeit vorhanden, um das Gesamte zu retten, wenn wir angesichts der bitteren Erfahrungen die Gelegenheiten ergreifen, die sich von selbst darbieten.

Wir sollten gewiß keine Tränen über das bevorstehende Ableben der „kleinen Föderation“ vergießen. Sie würde in der Geschichte oder Geographie keine Wurzeln geschlagen haben und könnte keine radikale oder ständige Lösung für die Verteidigungs- oder Wirtschaftsprobleme in der modernen Welt geboten haben. Sie würde einen bereits verstümmelten Kontinent weiterhin geteilt haben. Sie würde auf einem unruhigen und kurzlebigen Gleichgewicht der Kräfte zwischen Frankreich und einem geteilten Deutschland und mehr auf einem Vorhandensein gegenseitigen Argwohns als auf gemeinsamen Interessen basiert haben. Eher früher als später würde sie unter eine deutsche Hegemonie gekommen sein, aber sie würde für die Deutschen keine Rohstoffe noch Absatzmärkte oder Möglichkeiten für Kapitalinvestitionen geboten haben, die für sie jetzt erforderlich sind. Zum besten würde sie eine Rivalität schärfsten internationalen Wettbewerbs und zum schlimmsten eine internationale Situation explosiver Gefahr ergeben haben. Warum wir in Großbritannien das Emporkommen eines kontinentalen Superstaates unter deutscher Herrschaft jemals ins Auge gefaßt haben sollten, bleibt ein Geheimnis für mich: nach allem, was war, haben wir in diesem Jahrhundert zwei Weltkriege geführt, um das zu verhindern.

Rettungsanker NATO

Das amerikanische Außenministerium in Washington hat sich zum Fürsprecher der EVG gemacht, und ich fürchte auch das Außenministerium in London. Im Vergleich mit der NATO ist sie von geringerer Bedeutung. Die NATO ist unser Rettungsanker. Ohne sie wird Großbritannien „verteidigungslos“, und es müßte „angesichts der kranken Nachbarschaft erschüttert sein und zittern“. In der NATO ruht die effektive Stärke der westlichen Demokratie, und sie ist die einzige Möglichkeit, wo sie ruhen kann. Sie stellt tatsächlich die große Allianz dar, die den ersten und zweiten Weltkrieg verhindert haben würde, wenn sie bestanden hätte, und allein einen dritten Weltkrieg verhindern kann. Die von einigen geäußerte Vermutung, daß die Nichtratifizierung der EVG in ihrer jetzigen Form durch Frankreich den Abzug amerikanischer oder britischer Truppen vom europäischen Kontinent nach sich ziehen würde, ist im günstigen Falle ein gefährlicher Bluff und im schlechtesten völlig verrückt. Denn nichts ist sicherer als die Tatsache, daß weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten sich jemals von der Verteidigung Westeuropas ausschließen können.

Wie ich die Lage sehe, gibt es nur eine Lösung für das Problem der westeuropäischen Verteidigung, und diese besteht in einer Vereinigung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit der NATO unter Bedingungen, die innerhalb des

Rahmens der größeren Organisation den Franzosen und Deutschen schließlich gleichen Status zuerkennen. Aber die Franzosen werden dem niemals zustimmen, bis nicht britische Streitkräfte zu einem integralen Teil der EVG geworden sind. Wir unsererseits können niemals zulassen, daß unsere Streitkräfte einer „supranationalen“ politischen Behörde unterstellt werden. Die Schlußfolgerung ist klar. Früher oder später wird der EVG-Vertrag in einer loseren und beweglicheren Form erneut entworfen werden müssen, die möglicherweise der seinerzeit von Winston Churchill in Straßburg vorgeschlagenen Art entsprechen könnte — eine Organisation unter einem Verteidigungsminister mit einem den Mitgliedsregierungen und dem Nordatlantikrat verantwortlichen Ministerrat, einem gemeinsamen Kommando und Generalstab und

Lebenswichtige Rolle Großbritanniens

Es ist eine neue Annäherung erforderlich, die mehr eine politische und militärische als eine „schmerzende“ Neubewertung notwendig macht. Sie sollte meiner Ansicht nach auf zwei Grundsätzen beruhen. Erstens muß in der Frage der Verteidigung die NATO allem voran stehen. Keine andere Organisation ist in der Lage, Westeuropa mit Erfolg zu verteidigen oder das deutsche Militärpotential ohne Gefahr aufzuneh-

einem gemeinsamen Rüstungsausschuß. Eine derartige Organisation, der Großbritannien angehört, würde die Einheit in Frankreich weitgehend wiederherstellen und das Vertrauen der Vereinigten Staaten zu Europa wieder beleben. Die Aussicht, die schwierigen Verhandlungen der vergangenen drei Jahre noch einmal von vorn anzufangen, erfüllt natürlich die westeuropäischen Außenministerien und das State Department mit Schrecken. Wir können jedoch zumindest die gegenwärtige Lähmung beenden, indem wir bis zu einer endgültigen Lösung vorläufige Garantien geben. Wie lauten die Alternativen? Sie bestehen in der Ablehnung des EVG-Vertrages durch die Französische Nationalversammlung oder einer Flintenhochzeit zwischen Deutschland und Frankreich. Würde eine dieser beiden Alternativen die Sicherheit des Westens erhöhen? Sie würden es sicher nicht. Die Wahrheit des Problems liegt darin, daß eine echte Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland von unendlich größerer Bedeutung als irgendein vorgefaßtes militärisches Schema ist. Sie ist das notwendige Vorspiel für die Schaffung jeder echten Partnerschaft in der gemeinsamen Verteidigung der westlichen Kultur, und sie ist sowohl der Zeit als der Mühe wert, sie zu erreichen.

Seit dem Beginn der EVG-Verhandlungen hat eine Reihe zusammenhängender Explosionen politischer Verbitterungen das französische und deutsche Parlament ständig weiter auseinander getrieben. Hierfür hat die Regierung der Vereinigten Staaten für ihr Beharren auf der Wiederaufrüstung Deutschlands vor dem Abschluß einer politischen Regelung eine schwere Verantwortung zu tragen. Aber auch wir in Großbritannien sind keinesfalls frei von Schuld. Was fordern wir jetzt von Frankreich? Wir fordern von ihm, einen beachtlichen Teil seiner Streitkräfte einer Europa-Armee zu unterstellen und in eine Art politische Union einzutreten, wobei beide Gremien unvermeidbar von Deutschland beherrscht werden müssen und in die einzutreten wir uns selbst weigern. Ich staune manchmal selbst über unser eigenes Verhalten angesichts der Tatsache, daß unsere eigenen Interessen an der Verteidigung Westeuropas im Zeitalter des Radar und der fernlenkbaren Geschosse nicht im geringsten kleiner sind als die von Frankreich, der Bundesrepublik oder der Niederlande. Unser Schicksal ist unlösbar mit dem ihren verbunden und die Überseeverpflichtungen Frankreichs sind in bezug auf seine Stärke genau so groß wie die unseren. Frankreich kämpft tatsächlich heute den einzigen „heißen“ Krieg gegen den Kommunismus und muß hierbei viel Blut geben.

Zweitens: unsere Politik sollte auf anderen Gebieten versuchen, die Einheit der freien Welt eher auszudehnen als zu verringern, indem neue politische Bindungen zwischen Westeuropa und dem Commonwealth und engere Wirtschaftsverbindungen zwischen der Europäischen Zahlungsunion und dem Sterling-Block hergestellt werden. Der Straßburg-Plan, der die Kapital- und Industrierichtlinien Westeuropas einschließlich

Deutschlands in der Entwicklung zurückgebliebener Gebiete einzuspannen sucht und der vielmehr eine Erweiterung der Produktion und des gegenseitigen Handels mit dem gesamten Sterling-Block anstrebt als einen internationalen Kampf um die Absatzmärkte, zeigt den Weg auf. Er wurde von der Commonwealth-Konferenz vernachlässigt, wird jedoch noch von der OEEC in Erwägung gezogen. Die NATO hat bereits ihr vordringlichstes Ziel erreicht, das in der Wiederherstellung des Gleichgewichts der Weltmächte lag. Durch gemeinsames Einverständnis hat sie hervorragende Arbeit geleistet. Die Betonung lag jedoch immer noch auf der herkömmlichen Bo-

denverteidigung, während die neuen Waffen in eine andere Richtung weisen. Darüber hinaus gibt es kein zentrales Organ, das über die Politik oder militärische Strategie in globaler Weise entscheidet, und dies ist in einer Periode des „kalten Friedens“ notwendig.

Zusammenfassend besteht kein Interessenkonflikt zwischen den Ländern des Europa-Rates, dem Commonwealth und der Atlantischen Gemeinschaft und als einziges Land, das allen drei Gremien angehört, hat Großbritannien eine lebenswichtige Rolle dabei zu spielen, sie zu einer organischen Union zu formen, die stark genug ist, der kommunistischen Herausforderung zu wider-

stehen und den Weltfrieden zu erhalten. Es ist in der Tat für einige von uns schon seit langem offensichtlich, daß soweit es Europa betrifft, nur unter britischer Führung Fortschritte in irgendeiner Richtung gemacht werden können. Es ist für Großbritannien noch nicht zu spät, die Führung Westeuropas zu übernehmen. Wenn wir das tun, werden wir noch einmal zu einer großen Weltmacht werden. Wenn wir versagen, werden zukünftige Historiker unsere Europapolitik in der dem Zweiten Weltkrieg folgenden Dekade als nicht weniger katastrophal als die britische Politik gegenüber den amerikanischen Kolonien unter der Herrschaft Georg III. betrachten.

WOODROW WYATT

Großbritannien liegt in Europa

Es war Sir Winston Churchill, der im August 1950 in Straßburg sagte: „Jene, die der höchsten Sache dienen, dürfen nicht das in Erwägung ziehen, was sie erhalten, sondern was sie geben können . . . Wir sollten die praktische und konstruktive Anleitung geben, indem wir uns zu Gunsten der Schaffung einer europäischen Armee unter einem gemeinsamen Kommando erklären, in welcher wir alle eine wertvolle und ehrenvolle Rolle spielen sollten.“

Seine Rede stellte die Hauptinspiration für den Gedanken einer europäischen Armee dar. Für den Vorschlag, daß Großbritannien dieser Armee angehören sollte, erhielt er beträchtliche Unterstützung im Lande. Kurz darauf unterbreitete M. Plevens seine Ideen, wie eine europäische Armee aussehen könnte und sollte. Aber Großbritannien unter einer Labour-Regierung hielt sich zurück. Heute unter einer konservativen Regierung will es sich noch immer nicht in die Europa-Armee begeben.

Von Anfang an bestand unter den militärischen Führern Großbritanniens ein großer Widerstand gegenüber dem Schema der Europa-Armee. Sie hatten eine Abneigung gegen alles, was sie über die Vorschläge M. Plevens hörten: daß es eine gemeinsame Rekrutierung geben sollte, eine gemeinsame Besoldungsordnung, gleiche Uniformen und andere Vorschläge, die eine vollständige Verschmelzung der britischen Armee mit den Streitkräften des Kontinents bedeutet haben würde. Es sieht so aus, als wenn die Engländer alles vermeiden wollen, um mit Ausländern in Berührung zu kommen. Der kleinste Hinweis, daß möglicherweise die alten Regimenter, alte Bräuche und Feierlichkeiten verschwinden könnten, war ausreichend, um jeden Soldaten im Kö-

nigreich zu einem entschlossenen Gegner der Europa-Armee zu machen.

Die Abwesenheit der Engländer bei allen Erörterungen, die einem Entwurf für einen Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft galten, bedeutete unvermeidbar, daß die endgültige Form des Abkommens eine eindeutig kontinentale Angelegenheit sein würde. Da Großbritannien hierbei kein Mitglied sein sollte, gab es überhaupt keinen Grund, warum gegenüber den britischen Ansichten irgendwelche Konzessionen gemacht werden sollten. Der Vertrag stand im Zeichen formeller juristischer Konzeptionen. Während der gesamten Verhandlungen schwebte der Geist des Föderalismus in glücklichem Einverständnis zwischen Kommata, Semikolons und Unterabschnitten. Mit jedem Schritt zu einer anscheinend unlösbaren Verbindung „supranationalen“ Charakters wurde es den Engländern ein bißchen unbehaglicher. Wie könn-

ten sie sich einer Organisation anschließen, bei der es eine Politische Versammlung gab, die sich in Budgetfragen einmischen und versuchen würde, eindeutige und direkte Anweisungen an eine Armee zu geben, und die außerdem die Basis für ein föderales Europa bilden sollte? Wie könnten sie zulassen, daß irgendein fremder Gerichtshof Entscheidungen fällte, wenn Meinungsverschiedenheiten auftraten? Wie könnten sie erlauben, daß ein Kommissariat englische Offiziere für Kommandos — selbst von subalternen Natur — ernannte oder nicht ernannte? Die ganze Angelegenheit entsprach nicht dem informellen und ein wenig großzügigen Wesen der Engländer. Wenn das die Angehörigen des Kontinents so wollten, so sollten sie ruhig weitermachen. Die Engländer würden nach besten Kräften helfen, ja sogar ihre Mitarbeit anbieten, sie könnten jedoch kein Mitglied dieser geplanten Armee werden.

Missverständnisse

Auf diese Weise wuchsen die Mißverständnisse. Im allgemeinen versuchten die sechs Länder lediglich formell durchzuführen, was sich in der Praxis in jeder internationalen Organisation ereignen muß. Kürzlich besuchten einige Unterhausmitglieder die NATO in Paris und SHAPE (das Oberste Hauptquartier der Atlantischen Streitkräfte in Europa) bei Paris. Im Verlaufe unserer Gespräche fragte ich den holländischen stellvertretenden Generalsekretär der NATO, ob er uns erklären könnte, wie die Europäische Verteidigungsgemeinschaft auf der Grundlage eines Ministerrates und eines Kommissariats mit großen Vollmachten unter dem Ministerrat arbeiten würde. Er beschrieb uns genau, wie der Verwal-

tungsgang es vorsah. Ich fragte dann danach, wie die NATO gegenwärtig arbeitet. Der hauptsächlich in der Exekutivverwaltung tätige Stabs-offizier gab uns eine eingehende und genaue Erklärung. Die NATO verfügt über einen Rat für ihre 16 Mitgliedsstaaten. Dieser Rat beschließt alles einstimmig, in der Praxis ist er jedoch eine zu schwerfällige Körperschaft, um — so wie es oft notwendig ist — rasch Maßnahmen zu ergreifen. Daher ist dem Ständigen Ausschuß der NATO, der aus den Vertretern der Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich besteht, beachtliche Exekutivbefugnis übertragen worden. Diese Körperschaft gibt in wichtigen Angelegenheiten häufig ohne Befragung

des Rates Anweisungen. Sie kann zu jeder Zeit überstimmt werden; dies ist jedoch selten der Fall. Dieses System existiert parallel in der vorgeschlagenen Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. In allen wichtigen Angelegenheiten müssen die Entscheidungen des Ministerrates genau wie beim Nordatlantikrat einstimmig gefällt werden, obgleich auch verhältnismäßig unwichtige Angelegenheiten durch eine Zweidrittelmehrheit entschieden werden können. Hier wiederum würde das Kommissariat genau so wie der Ständige Ausschub des Nordatlantikkates handeln. Das Kommissariat hat weitgehende Befugnisse, kann jedoch in allem durch die Autorität des Ministerrates überstimmt werden. Es würde undenkbar sein, daß das Kommissariat ein unabhängiges Eigenleben führen könnte und Maßnahmen im Gegensatz zum Ministerrat ergreifen würde, genau so wie der Ständige Ausschub der NATO keine Entscheidungen fällen kann, die den Wünschen des Nordatlantikkates entgegenstünden. Wenn dies klar verständlich gemacht werden könnte, so würde einer der Haupteinwände der Engländer gegen den Beitritt zur Europa-Armee hinfällig werden. Wenn die Europäische Verteidigungsgemeinschaft „supranational“ ist, so ist es die NATO gleichfalls. In Wahrheit sind beide Körperschaften „international“, und ein eigensinniges Land, das in beiden Räten

Vorzüge des Europa-Armee-Gedankens

Dieses sind nun einige der wichtigsten Änderungen, die in dem gegenwärtigen Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft notwendig sein würden, wenn die Engländer zum Beitritt angehalten werden sollen. Es gibt jedoch noch ein weiteres schwerwichtiges Argument, das beseitigt werden muß. Viele Menschen glauben fest, wenn die Verteidigungsgemeinschaft auf Grund der Nichtratifizierung des Vertrages durch die Franzosen nicht zustande kommt, dann würde die direkte Aufnahme Deutschlands in die NATO eine ausreichende Sicherung gegen ein mögliches militaristisches Wiederaufstehen Deutschlands sein. Aber zunächst ist es kaum wahrscheinlich, daß die Franzosen, wenn sie die EVG schließlich doch nicht akzeptieren, Deutschland als gleichberechtigten Partner in der NATO begrüßen würden. Des weiteren wären die Sicherungen gegen den Neonazismus in Deutschland nirgendwo auch nur annähernd ausreichend. In der NATO hat jedes Land eine eigene nationale Armee. Es kann innerhalb seines eigenen Gebietes seine Truppen dort stationieren, wo es will, so wie Italien kürzlich Truppen nach Triest verlegte, bevor die Unruhen ausbrachen. Wenn diese Truppen zur Europa-Armee gehört haben würden, wäre Rom nicht in der Lage gewesen, diese Maßnahme durchzuführen. Auch gibt es für die einzelnen Staaten keine Begrenzung für die Stärke der Streitkräfte. Deutschland könnte somit eine nach Belieben große Armee unterhalten und sie innerhalb des eigenen Territoriums dort stationieren, wo es ihm gefällt. Wenn deutsche Truppen im strategischen Rahmen des Nordatlantikkpates in irgendeinem anderen Land stationiert sein würden, könnten diese nach Leiben der deutschen Regierung zurückgezogen

vertreten ist, könnte beide Körperschaften sabotieren. Falls eine Europa-Armee funktioniert, so darum, weil kein Land sie sabotieren will, und nicht, weil sorgfältig ausgearbeitete Regeln entworfen worden sind. Keine Regel könnte irgendein Land daran hindern, die gegenwärtige Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu zerstören, genau so wenig wie verhindert werden könnte, die NATO zu zerschlagen. Wenn Europa dazu angehalten werden könnte, das Wort „international“ anzunehmen und den Ausdruck „supranational“ zu vermeiden, so würden zahlreiche Schwierigkeiten behoben sein. Einzig wegen „supranationaler“ äußerer Umstände ist der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine Politische Versammlung beigegeben worden. Sie soll der Vorläufer eines europäischen föderalen Parlaments sein und würde die Vollmacht haben, die für die Leitung der Armee sowohl in Verwaltungs- wie in Finanzangelegenheiten verantwortlichen Persönlichkeiten zu beaufsichtigen. Es ist noch nicht ganz klar, ob sie außerdem noch Aufgaben erledigen wird, und es sieht auch nicht so aus, daß sie noch Wichtiges zu vollbringen hätte, aber gerade dieser Gedanke hält die Engländer ab. Bevor sie in eine Europa-Armee eintreten würden, müßte die Politische Versammlung abgeschafft werden.

werden. Es gäbe für die Bundesrepublik keine Hindernisse, Truppen an der ostdeutschen Grenze zu versammeln. Es würde keiner vorherigen Information anderer Nationen über irgendwelche beabsichtigten Maßnahmen Bonns bedürfen, um Ostdeutschland wiederzugewinnen oder zu einem späteren Zeitpunkt, der Gesamtdeutschlands, um die verlorenen Gebiete wiederzuerobern. Wir mögen heute eine derartige Maßnahme als unwahrscheinlich ansehen. Aber Dr. Adenauer wird nicht ewig regieren, und unsere Erfahrung läßt uns nicht unbedingt darauf ver-

trauen, daß Deutschland niemals wieder übereilt handeln wird.

Die beiden großen Vorzüge des Europa-Armee-Gedankens sind erstens, daß eine gemeinsame Kontrolle aller Rüstungsindustrien vorhanden sein würde (eine derartige Kontrolle fehlt innerhalb der NATO vollständig, und es würde nicht ausgeschlossen sein, daß ein wiederbewaffnetes Deutschland alle Waffen, die es wünscht, in jeder Menge produzieren könnte) und zweitens, die Zusammenfassung nationaler Divisionen zu zweien oder zu dreien mit Divisionen anderer Staaten zu Armeekorps. Die Bedeutung der letzten Überlegung ist die, daß jedes Korps von einem internationalen Stab befehligt sein und Divisionen mehrerer Nationalitäten enthalten würde. Dies bedeutet eine Integrierung in bezug auf das Ziel und das Kommando in höchstem Maße. Wie unbesonnen ein deutscher Generalstab auch immer handeln würde, solange seine Streitkräfte in internationalen Korps zusammengefaßt sind, könnte er nichts Unrechtes unternehmen. Gegen jeden Versuch, seine Truppen loszulösen, würden ausreichende Vorkehrungen bestehen. Da die Aushebung von Streitkräften durch die einzelnen Länder unter ständiger Kontrolle wäre, würde es für die Deutschen unmöglich sein, Soldaten für andere Zwecke als für die Europa-Armee zu rekrutieren, ohne daß alle anderen Nationen in der Lage wären, wirksam dagegen zu protestieren. Sie könnten wirksam protestieren, weil glücklicherweise der Hauptteil der Europa-Armee in Deutschland selbst stationiert sein würde, um eine Frontverteidigung gegen die Russen zu gewährleisten. Daher würden stets ausländische Truppen auf deutschem Boden sein und jede deutsche Regierung davon abhalten, Maßnahmen zu ergreifen, die sie nicht ergreifen sollte. Auch würde die Tatsache, daß die Europa-Armee über ein gemeinsames Rüstungsbudget und -programm verfügt, eine wirksame Kontrolle der deutschen Rüstungsindustrie gewährleisten.

Die Unsicherheit der Franzosen

Warum verzögern die Franzosen die Ratifizierung des Vertrages, da doch diese Vereinbarungen zur Kontrolle Deutschlands so zufriedenstellend klingen? Der Grund ist klar. Trotz aller Sicherungen fühlen die Franzosen sich in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nicht sicher, wenn sie und die Italiener allein sich mit einem möglichen schlechten Betragen der Deutschen befassen müßten. Da sie im vergangenen Kriege so schnell ausgeschaltet wurden, verfügen die Franzosen nur über wenig gut ausgebildete Stabsoffiziere mit Ausbildung in moderner Kriegführung, so daß die Fähigkeiten ihrer Generale und subalternen Offiziere nicht sehr groß sind. Sicherlich würden sie keine Konkurrenz für die Deutschen sein. Auch könnten sie, in Anbetracht der Tatsache, daß große Teile ihrer regulären Armee in Indochina eingesetzt sind, kein ausreichendes Gegengewicht, auch nicht mit Hilfe der Italiener, deren Truppen zum größten Teil in Italien bleiben würden,

darstellen, um die Deutschen, falls nötig, zurückzuhalten.

Die Labour-Regierung und ihr Nachfolger haben Frankreich aufgefordert, den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu ratifizieren. Sie haben seine Vorzüge gepriesen. Sie haben angeboten, Beistand zu leisten, bei der Ausbildung zu helfen, sich mit dem Vertrag zu assoziieren — kurz alles — außer ihm beizutreten. Aber warum wollt ihr nicht beitreten, fragen die Franzosen, wenn er so gut ist? Sie sehen in unserer Weigerung immer eine Nichtbereitschaft, uns auf die Verteidigung Europas in Europa zu verpflichten. Sie sehen den Juni 1940 in einem völlig anderen Licht als wir. Für sie war dies nur ein weiterer Fall, bei dem es Frankreich überlassen wurde, selbst weiterzukämpfen. Die Royal Air-Force zog sich zurück, die Truppen verließen über Dünkirchen Frankreich, und die Franzosen gaben nach. Seinerzeit und unter den besonderen Umständen war die Entscheidung der Engländer richtig, aber eine

solche Entscheidung wird uns in der Zukunft nie wieder offenstehen. Raketen, ferngelenkte Geschosse und der gesamte schreckliche Apparat der modernen Kriegsführung würden den Kanal im Hinblick auf die Verteidigung genau so bedeutungslos machen, wie ein Bach es im letzten Krieg war. Wenn wir einen russischen Ansturm in Europa nicht aufhalten können, dann ist Großbritannien verloren. Es würde, wenn die Russen an den Kanal kommen, keine Möglichkeit geben,

Organischer Weg zum Föderalismus

Wir wissen jedoch, daß die vier britischen Divisionen in Deutschland niemals zurückgezogen werden können. Wir wissen, daß die englischen Lufteinheiten in Deutschland bleiben müssen, und da wir diese Dinge nun wissen, was hindert uns daran, den logischen Schluß aus unserem Wissen zu ziehen? Es wird gesagt, daß im Commonwealth eine Abneigung gegen einen Beitritt zur Europa-Armee besteht. Niemand hat jedoch bisher den Beweis vorgelegt, daß irgendein Commonwealth-Staat zu irgendeiner Zeit Einwände gegen den Gedanken erhoben hat, daß Großbritannien der Europa-Armee beitrete. Auch würden keinerlei Gründe für einen derartigen Einwand vorhanden sein. Je stärker Großbritannien in Europa ist, desto stärker wird die Verteidigung des gesamten Commonwealth sein. Es wird weiter behauptet, daß es unmöglich sein würde, unseren überseeischen Verpflichtungen nachzukommen, wenn wir mit in dieser Europa-Armee wären. Selbst in dem gegenwärtigen Rahmen wurden Sonderbestimmungen für Länder wie Frankreich mit Verpflichtungen zur Verteidigung überseeischer Territorien erlassen. Niemand hat bisher vorgeschlagen, daß Überseestreitkräfte nach Europa zurückberufen werden müßten, oder daß sie nicht in Notzeiten verstärkt werden könnten. Der Vertrag geht noch weiter: Er sieht die Notwendigkeit vor, daß Truppen von Zeit zu Zeit sowohl im Falle einer internen Krise als auch bei Gefahr in Übersee aus der Europa-Armee zurückgezogen werden können.

Wenn Großbritannien seine Divisionen oder seine Luftstreitkräfte in Deutschland in eine Europa-Armee einbeziehen lassen würde, so könnte es seine Truppenteile auf Grund der Erfordernisse des Kriegs- oder Luftfahrtministe-

allein weiterzukämpfen und mit den Amerikanern Europa wiederzuerobern. Wir mögen dies wissen, aber die Franzosen können nicht glauben, daß wir davon überzeugt sind, solange wir unsere Truppen nicht einer Europa-Armee unterstellen, sondern auf dem Recht beharren, uns wie die Amerikaner zurückzuziehen, so als wenn wir nicht ein Teil Europas wären. Der Schaden, den dieser britische Widerstand der französischen Moral zufügt, ist ungeheuer.

riums auswechseln. Es müßte lediglich zulassen, daß diese Divisionen in internationale Korps einbezogen werden. Dies geschah auch im letzten Kriege, besonders in Italien. Es ist beabsichtigt, dies auch bei Ausbruch eines Krieges in Europa sofort durchzuführen. Im vergangenen Herbst wohnte ich Manövern in Deutschland bei, in deren Verlauf britische Truppenteile holländischem Kommando unterstellt und gemeinsam mit anderen ausländischen Einheiten zu einem internationalen Korps zusammengefaßt wurden, um für den Kriegsfall zu üben. Wenn dies im Kriegsfall durchgeführt werden soll, warum könnte es nicht sofort geschehen? Die britischen Divisionen am Rhein werden sowieso schon von einer 50 000 Mann starken deutschen Arbeitsorganisation bei einem großen Teil ihrer Versorgung unterstützt. Es besteht kein Zweifel, daß diese deutsche Arbeitsorganisation im Falle eines Krieges ein fester Bestandteil der britischen Armee in Deutschland werden würde. Es handelt sich lediglich um etwas mehr als eine Art Buchführung, um die gegenwärtig in Deutschland stationierten Divisionen in eine Europa-Armee einzubeziehen. Feldmarschall Montgomery hat sich selbst für diese Maßnahme ausgesprochen, und niemand kann behaupten, daß dieser Gedanke, der seine Unterstützung hat, militärisch undurchführbar wäre. Ich will nicht sagen, daß wir dem gegenwärtigen System beitreten sollen. Aber wir wissen, daß dies aller Wahrscheinlichkeit nach scheitern muß. Ich möchte lediglich vorschlagen, daß Großbritannien die Initiative ergreifen und einen neuen Plan für eine andere Form der Europa-Armee einbringen sollte. Der gegenwärtige Vertrag würde dabei die Basis bilden, aber er müßte etwa im Rahmen der von

mir aufgeführten Vorschläge abgeändert werden. Die eigentliche Tatsache der Bereitschaft Großbritanniens zum Beitritt würde die Länder des Kontinents zu den notwendigen Abänderungen veranlassen. Die neue Europa-Armee würde wesentlich fester als die NATO zusammengefügt und mehr im wirklichen Sinne international sein. Sie würde aber nicht so starrer Kontrolle wie die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ausgesetzt sein.

Es würde wesentlich leichter sein, als viele Politiker denken, dem englischen Volk die Notwendigkeit klarzumachen, daß Großbritannien sich auf diesem Wege mit Europa identifizieren sollte. Selbst der Daily Mirror, eine Zeitung, die meistens ziemlich genau die Gefühle der Bevölkerung zum Ausdruck bringt, befürwortete die Einbeziehung Großbritanniens in eine Europa-Armee. Für diejenigen, die eine deutsche Wiederaufrüstung fürchten, stellt dies den sichersten Weg dar, deutsche Streitkräfte zu kontrollieren, falls die Notwendigkeit für eine derartige Kontrolle auftreten sollte. Für diejenigen, die an eine internationale Polizeitruppe denken, würde eine internationale Armee dieser Art der erste Schritt hierzu bedeuten. Es ist bemerkenswert, daß auf einer kürzlichen Konferenz der europäischen sozialistischen Parteien zehn für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft stimmten und eine, nämlich die Deutsche Sozialdemokratische Partei, dagegen, die in befremdender Weise nicht bereit ist, deutsche Streitkräfte mit beschränkter Souveränität zu sehen, so wie es in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sein würde. Dies ist ein weiterer Grund für Maßnahmen, bevor die deutsche Bereitwilligkeit schwindet, die Unterstellung deutscher Truppen unter internationale Kontrolle zuzulassen. Es könnte ein praktischer und organischer Weg zum Föderalismus sein. Auf alle Fälle entspricht dies jeder realistischen Analyse der politischen und militärischen Situation. Die Russen mit einem gemeinsamen Kommando über ihre eigenen und die Streitkräfte der Satelliten sind uns gegenüber sehr im Vorteil. Nur eine arbeitende und arbeitsfähige Europa-Armee mit Großbritannien würde uns eine den Russen entsprechende Bewegungsfreiheit geben. Europa würde auf diesem Wege stärker, weniger furchtsam vor der Sowjet-Union und weniger abhängig von Amerika werden.

HENRY O. BRANDON

Augenschein in Asien

Eindrücke einer Rundfahrt

Mit Genehmigung der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, veröffentlichen wir den folgenden Aufsatz von H. O. Brandon, erschienen in der Zeitschrift „AUSSENPOLITIK“ (Heft 4/54).

Was den in Asien Reisenden wohl am meisten auffiel, war die Tatsache, wie sehr sich das Gefühl der Entspannung zwischen Ost und West, das sich zuerst in Europa bemerkbar gemacht hatte, im Fernen Osten ausbreitet.

Dieses Phänomen läßt sich vermutlich aus drei Hauptursachen erklären. Vor allem hat der Waffenstillstand in Korea und die Art und Weise, wie er schließlich zustande kam, die meisten asiatischen Führer davon überzeugt, daß sowohl die Vereinigten Staaten von Amerika als auch das kommunistische China irgendeine Form friedlicher Regelung einem in die Länge gezogenen Kriegszustand vorziehen. Mit Ausnahme der Drohungen Präsident Syngman Rees wird das von Zeit zu Zeit aus Washington oder Peking vernehmbare Donnerrollen durchaus nicht ernst genommen. Zweitens glaubt man hier allgemein, das kommunistische China hege für die nahe Zukunft keinerlei Absichten einer militärischen Aggression; es wüßte nicht, auf neue mit den Vereinigten Nationen seine Stärke zu messen, vor allem aber benötige es alle seine Hilfsmittel und Kräfte zur Industrialisierung des Landes und zur inneren Festigung des Regi-

mes. Diese beiden Ziele seien im Augenblick wichtiger als kriegerische Operationen, um Chinas Stellung als Weltmacht zu stabilisieren. Jedenfalls wächst in den Ländern Ostasiens der Glaube, das Ringen zwischen dem kommunistischen und dem nichtkommunistischen Asien werde auf wirtschaftlichem und nicht auf militärischem Gebiet entschieden. Zum mindesten gestatten die Gespräche mit führenden Persönlichkeiten in Pakistan, Burma, Malaya, Indochina und Japan Folgerungen dieser Art.

Die überall auf der Welt herrschende Sehnsucht nach Befreiung von der Furcht vor einer neuen Weltkatastrophe und von der chronischen Spannung des „Kalten Krieges“, die so oft eine mehr dem Wunsch als der Wirklichkeit entsprechende Beurteilung der Lage erzeugt, scheint freilich auch in Asien das Denken vieler zu beeinflussen. Diejenigen, die heute noch immer von Plänen für ein „dynamisches Umschichten“ des kommunistischen China sprechen, sind sich keineswegs darüber klar, daß sie bereits den Anschluß verpaßt haben, vorausgesetzt natürlich, daß die Erwartung, das kommunistische China beabsichtige in naher Zukunft keine neue Aggression, sich als richtig erweist.

Freiheit lediglich die Freiheit, ihre Felder zu bestellen. Die Freiheit aber, nach der die Menschen Asiens sich sehnen, ist — darüber sind wir uns viel zuwenig klar — die Freiheit von Korruption. Dies wird verständlich, wenn man beispielsweise in Saigon erfährt, daß Eltern die Beamten bestechen müssen, damit ihre Kinder zum Schulbesuch zugelassen werden. Im Gegensatz dazu herrscht die weitverbreitete Meinung, das kommunistische Regime in China habe die Korruption auf einen Stand zurückgedämmt, der zum mindesten im Orient als „normal“ betrachtet wird. In Japan wird des öfteren darauf hingewiesen — und zwar sowohl in Regierungswie in akademischen Kreisen —, daß das Regime Präsident Syngman Rhee in Südkorea genau so autoritär und grausam sei wie dasjenige in Nordkorea, ein Umstand, der das Vertrauen in die angebliche Förderung der Demokratie durch die Westmächte nicht eben erhöht.

Aber die Hauptschwierigkeiten für diejenigen, die im Fernen Osten den Menschen die Gefahr des Kommunismus zum Bewußtsein bringen wollen, liegt darin, daß es in Asien überhaupt an fundamentalen politischen Überzeugungen fehlt. Für viele Menschen dort ist der Kommunismus einfach der rascheste Weg, die sogar von den kleinsten Ländern eifrig gewünschte Industrialisierung zu gewährleisten. Das kapitalistische System, das eine Industrialisierung auf einer gesunden wirtschaftlichen Basis fordert, ist demgegenüber im Nachteil. Als wir diese Fragen mit Premierminister Nehru besprachen, erinnerte dieser an eine 1948 mit John Foster Dulles geführte Unterhaltung, in deren Verlauf der gegenwärtige Staatssekretär erklärte, er sei der Ansicht, das Ringen zwischen der freien und der kommunistischen Welt werde zugunsten desjenigen der beiden Gegner entschieden, der die Rohstoffe liefern könne. Das, so betonte Nehru mir gegenüber, stimme noch immer. Denn wenn es dem kommunistischen China gelänge, den Lebensstandard seiner Bevölkerung über denjenigen der Bevölkerung anderer Länder zu heben, so würden die asiatischen Völker, selbst auf die Gefahr hin,

Unterschiedliche Einstellung zum Kommunismus

Die Verschiedenheit der Beurteilung der kommunistischen Gefahr durch die westlichen und östlichen Staatsmänner wird zum wesentlichen Teil durch den Unterschied in der Einstellung zum Kommunismus als solchem begründet. Als ein amerikanischer Diplomat den Ministerpräsidenten eines kleinen asiatischen Landes fragte, ob er denn vergessen habe, was in Polen und der Tschechoslowakei geschehen sei und daß diese Staaten unter dem Kommunismus ihre Freiheit und Unabhängigkeit verloren hätten, machte dies auf den antikommunistischen Asiaten keinerlei tieferen Eindruck, denn in den Augen vieler asiatischer Menschen ist der chinesische Kommunismus durchaus nicht das gleiche wie der Stalinsche Imperialismus. Sie argumentieren, der Kommunismus in China müsse schon

darum ein anderer sein als der russische, weil der Charakter der Chinesen zu allen Zeiten unwandelbar sei. Die Abneigung gegenüber den Fremden — und darum unvermeidlicherweise auch gegenüber den Russen — und der chinesische Individualismus, der dem Kommunismus fremd gegenübersteht, würden schließlich doch den Sieg davontragen.

Eine westliche Propaganda, die versuchen wollte, die Asiaten mit dem Kommunismus zu schrecken, indem sie ihnen das Schicksal Polens und der Tschechoslowakei vor Augen hielte, würde keinen Erfolg haben. Den meisten Asiaten bedeutet der Verlust der Freiheit und Selbstregierung wenig. Sie geben sich keine Rechenschaft darüber, welche Freiheiten sie verlieren könnten. Für die meisten unter ihnen bedeutet

gewisse Freiheiten zu verlieren, für das kommunistische System gewonnen. Nehru erklärte, er vertraue darauf, daß Indien stark genug sein werde, dieser Herausforderung zu begegnen, jedenfalls zeigt es heute eine höhere industrielle Entwicklung als China.

Der Glaube, daß der wirtschaftliche Wettkampf um die Rohstoff- und Warenlieferungen mit der Zeit den militärischen in den Hintergrund drängen würde, führt die westlichen Diplomaten in Asien und mit ihnen so manche asiatische Staatsmänner zu der Meinung, das Hauptziel, das China heute auf diplomatischem Feld verfolge, sei, die Abschaffung des Handelsembargos der Vereinten Nationen durchzusetzen. Peking habe Aussicht, angesichts des wachsenden Druckes von Seiten Japans und anderer Länder, die ihren Handel mit China zu intensivieren wünschen, dies Ziel zu erreichen.

Für einen Besucher aus dem Westen ist es erstaunlich, wie verhältnismäßig gering die Sorge ist, die man sich im Fernen Osten — ausgenommen natürlich in Korea, Formosa und Indochina — über die Expansion des chinesischen Kommunismus macht. Die chinesische Intervention in Korea wird hier nicht als Beweis einer aggressiven imperialistischen Politik angesehen; im Gegenteil wird immer wieder behauptet, daß die Chinesen sich erst gewaltsam in den koreanischen Krieg einmischten, als General MacArthur sich dem Yalu näherte. In Karachi bemerkten wir nur wenig Besorgnis hinsichtlich etwaiger chinesischer Truppenbewegungen längs der unzugänglichen pakistanischen Grenze, hingegen viel Unbehagen darüber, daß die Verhandlungen mit Indien über Kaschmir auf dem toten Punkt angelangt sind. Die Regierung von Pakistan ist an einer Allianz des Mittleren Ostens mit der Türkei, Irak und Iran nicht in erster Linie aus Furcht vor einer Verteidigungslücke im Mittleren Osten oder aus dem Bestreben, die Führung der islamischen Welt zu ergreifen, so eifrig interessiert — so verlockend dies alles auch sein mag —, sondern weil ein Mitwirken in der Verteidigungsallianz des Mittleren Ostens ihr das amerikanische Füllhorn öffnen und die Waffen verschaffen würde, die sie braucht, um in der Kaschmirfrage mit Indien mit größerem Nachdruck verhandeln zu können. Denn solange Indien eine Regelung dieser Frage ablehnt, fürchtet Pakistan, daß Delhi sich mit dem Prinzip der Teilung noch nicht abgefunden hat. Diese Feststellung soll indes die nützliche Rolle, die Pakistan zur Stärkung des Mittleren Ostens spielen könnte, nicht abschwächen.

Immerhin, mag man auch in Indien, Burma und — vielleicht etwas weniger ausgesprochen — in Pakistan die Gefahr einer kommunistischen chinesischen Expansion für übertrieben halten, so ist man mit der amerikanischen Politik des Containment dennoch stillschweigend einverstanden. Der burmesische Premierminister U Nu verläßt sich darauf, daß Peking wohl weiß, daß die Neutralitätspolitik seiner Regierung eine wohlwollende Neutralität bedeutet und daß jede offenkundige aggressive Handlung Burma unverzüglich ins Lager der Westmächte führen

müßte, was China wohl nicht eben gern sehen würde.

Es gibt in Indochina keine Beweise, daß China auch in dieses Land „Freiwillige“ gesandt hätte, die an der Seite Ho Chi Minhs kämpfen. Die Unterstützung von seiten des kommunistischen China beschränkt sich auf die Schulung von Vietminh-Offizieren und die Lieferung von Kriegsmaterial. Ob Peking darüber hinaus Hilfe gewähren würde, falls das Kriegsglück sich gegen die Kommunisten entscheiden sollte, bleibt abzuwarten; doch nimmt man im allgemeinen nicht an, daß China sich aktiv einmischen werde. Noch ist dieser Krieg ja kein Bürgerkrieg, wie es in Korea der Fall war, wo die Südkoreaner gegen ihre nördlichen Brüder ausgesprochene Haßgefühle hegen. Zwischen den gegnerischen Vietnamesen besteht kein Haß. In Thailand können sich die Vereinten Staaten noch auf die Amerikafreundlichkeit der gegenwärtigen Regierung verlassen, nicht aber auf ihre öffentliche Unterstützung, und diese Regierung scheint — nicht wegen ihrer Amerikafreundlichkeit, sondern unter anderem wegen der Korruption in diesem Lande — so unsicher zu stehen wie ein Kartenhaus.

Genau wie es mit Deutschland in Europa der Fall war, so erholt sich in Asien Japan rasch vom Elend des Krieges. Das Volk, das in mancher Hinsicht den Deutschen ähnelt, liebt harte Arbeit und Disziplin und befindet sich hinsichtlich der Aufrüstung noch in einer verworrenen Lage, genau wie die Deutschen vor zwei Jahren. Als ich Premierminister Yoshida fragte, ob nicht die Furcht vor dem kommunistischen China in

der Öffentlichkeit ein Ansporn für eine Wiederaufrüstung sein könnte, antwortete er mir mit einem überzeugten „Nein“. Er sagte: „Wenn es einen Ansporn dafür gibt, so ist es Präsident Rhees Willkür gegenüber den japanischen Fischern“. In Yoshida besitzt Japan einen führenden Staatsmann, der in mancher Hinsicht mit Dr. Adenauer verglichen werden darf. Beide haben die gleiche Neigung, möglichst viele Kompetenzen ihrer amtierenden Regierung in die eigenen Hände zu nehmen, doch ist Yoshida weniger erfolgreich in der Einigung der konservativen Parteien zur Unterstützung seines Regierungsprogramms gewesen. Die Folge davon war, daß es seiner Regierung — genau wie der französischen —, nicht gelungen ist, die Zustimmung des Parlaments zu den drastischen Finanzmaßnahmen zu erhalten, die nötig wären, um Japan aus einer wirtschaftlichen Sackgasse herauszumanövrieren.

Japan hat seine wichtigen Bergwerke und landwirtschaftlichen Hilfsquellen in der Mandchurei und in Korea verloren und ist gezwungen, Kohle und Erze aus den Vereinten Staaten zu importieren. Die Besetzungspolitik General MacArthurs hat die Gewerkschaften gestärkt, und die Arbeitslöhne sind beträchtlich gestiegen, ebenso die Preise. Die Japaner, deren wirtschaftlicher Wohlstand von ihrem Export abhängt, haben es heutzutage schwer, mit der Konkurrenz auf den Weltmärkten zu wetteifern, und so winkt ihnen der verlorene Markt in China — obgleich niemand weiß, wie er sich unter dem Kommunismus entwickeln würde — verheißungsvoll wie eine verbotene Frucht.

Mehr gefährdet als Europa

Das Prestige des kommunistischen China als wachsender Militärmacht ist in Asien im Steigen, doch herrscht weitherum die Ansicht, Mao Tse-tung habe noch immer große Schwierigkeiten mit der inneren Einigung und Industrialisierung des Landes. Da er selber bäuerlicher Herkunft ist, scheint er sich bewußt zu sein, daß eine überstürzte Einführung der Kollektivwirtschaft im Land die Opposition der Bauern hervorrufen würde, die gemeinsam mit der Bürokratie sein Rückgrat bilden. Als der bäuerliche Unwille über die unbarmherzige Besteuerung drohend wurde, führte er Erleichterungen ein. Andererseits aber läßt sich, nach zuverlässigen Berichten, der Fünfjahrplan nur äußerst langsam verwirklichen. Und wenn die Steuern herabgesetzt werden, beginnt ein *circulus vitiosus*, denn es wird der Regierung schwer fallen, das nötige Geld zur Investierung für den Fünfjahrplan aufzutreiben. Man glaubt, daß die Regierung in Peking angesichts dieser internen Probleme neue militärische Abenteuer vermeiden will.

Doch weder Nehru noch irgendein anderer führender Staatsmann in Asien gibt sich einer Illusion darüber hin, daß der Kommunismus nicht den Versuch mache, die Herrschaft Asiens mittels langsamer Zersetzung, psychologischer Kriegführung und Förderung der „Volksfronten“ schließlich doch noch zu erringen. Die sogenannten freien Völker Asiens — auch die Japaner möchten sich zu ihnen rechnen — würden

sich am liebsten abseits vom Ringen zwischen den Kräften des asiatischen Kommunismus und derjenigen Amerikas halten, das noch lange die Situation im Fernen Osten bestimmen wird. Amerika wird dank seiner Überlegenheit Asien zum mindesten militärisch, möglicherweise auch politisch beherrschen können, falls die amerikanische Politik mit jener Subtilität geführt würde, die gegenüber Völkern, deren Unerfahrenheit in der Weltpolitik sie doppelt empfindlich gegenüber den „Stockschlägen“ des Überlegenen macht, vonnöten ist. Sie haben alle noch viel über die Gefahren ihres Rassen-Chauvinismus und des Kommunismus zu lernen. In manchen Ländern wird der Kommunismus als eine starke, vielleicht gefährliche, radikale interne Bewegung angesehen, in anderen erscheint er als eine versteckte Drohung des chinesischen Imperialismus. Für Japan bedeutete er die alte russische Gefahr in neuer Form. Niemand aber hält ihn für eine gründlich vorbereitete Verschwörung zum Zwecke der Erringung der Weltherrschaft. Die Versuche der Westmächte, diesen Tatbestand aufzuzeigen, werden oft nur für eine List gehalten, die Asien, dem man auf diese Weise ein nichtvorhandenes Schreckgespenst an die Wand male, enger an den Westen binden wolle. Aus allen diesen Gründen ist Asien heute durch die kommunistische Expansion bedeutend mehr gefährdet als Europa.

Vorbeugende Politik der Westmächte

Angesichts der Bedrohung Asiens durch das kommunistische China wird die Frage, welche vorbeugende Politik die Westmächte demgegenüber verfolgen sollten, immer akuter. Bis jetzt wurden in dieser Hinsicht zwei Pläne ins Auge gefaßt und in der Öffentlichkeit diskutiert: einmal die sogenannte Radford-Doktrin, deren Ziel es ist, eine Konsolidierung des kommunistischen Regimes zu verhindern. Sie beruht weitgehend auf dem Festhalten an möglichst strengen Handelsembargos gegenüber dem kommunistischen China und betrachtet die Seeblockade der chinesischen Küste als wirksamstes Mittel. Der zweite Plan stellt eine neue Version der Nordatlantikpaktorganisation, also eine Pazifikorganisation, dar.

Die Radford-Doktrin des „dynamischen In-schachhaltens“ könnte nur dann uneingeschränkt angewandt werden, wenn China neue Akte offenkundiger Aggression beginge. Da der Wettbewerb um die asiatischen Märkte zwischen Deutschland, Japan, den Vereinigten Staaten und Großbritannien immer intensivere Formen annimmt, so dürfte auch der Druck, die Handels-schranken gegenüber China zu lockern, über kurz oder lang unwiderstehlich werden. In Japan, das geographisch China am nächsten liegt und in der Vergangenheit naturgemäß die meisten Handelsbeziehungen mit diesem Lande unterhielt, sind die Forderungen der Industrie nach einer Wiederaufnahme dieser Beziehungen besonders dringend. Eine führende Persönlichkeit einer japanischen Stahlfirma hat den japanischen Standpunkt in dieser Frage mir gegenüber wie folgt formuliert. „Es geht nicht an, daß die Vereinigten Staaten einerseits ihre wirtschaftliche Hilfe herabsetzen und es ablehnen, ihre Tarifschranken abzubauen, und andererseits versuchen, uns vom Handel mit China, unserem wichtigsten Rohstofflieferanten und unserem traditionellen Absatzmarkt fernzuhalten“. Als eine Politik auf weite Sicht — unter der Voraussetzung natürlich, daß China kriegerische Handlungen vermeidet — hat daher die Politik der Radford-Doktrin keine große Aussicht, die notwendige Unterstützung durch die wichtigsten Alliierten der Amerikaner zu finden.

Aber auch hinsichtlich der Verwirklichung eines Pazifikpaktes bestehen keine großen Hoffnungen. Bereits gibt es ja ein — wenn auch unvollkommenes — Netzwerk von Verteidigungsabkommen im Pazifik, den sogenannten „Anzus“-Vertrag¹⁾, an dem die Vereinigten Staaten und Neuseeland, die Philippinen und Japan beteiligt sind, während der gegenseitige Beistandspakt zwischen den Vereinigten Staaten und Südkorea vom Kongreß noch nicht ratifiziert wurde. Bis jetzt scheinen die Vereinigten Staaten sich mit diesen Abkommen begnügen zu wollen und betrachten deren Erweiterung als möglicherweise eher hemmend denn fördernd. Sie besitzen Stützpunkte in Japan, Südkorea, auf Formosa und den Philippinen, und ebenso ist ihnen für den Notfall der freie Zugang nach Indochina und

Thailand gesichert. Nach Ansicht der militärischen Führer Amerikas, die den letzten Krieg im Pazifik im Grund allein zu führen²⁾ hatten, würde dagegen ein Pazifikpakt ihnen eher die Hände binden, als Vorteile verschaffen. Vom politischen Standpunkt aus wäre freilich eine Art pazifischer Gemeinschaft erwünscht, doch bringt die Verschiedenheit der politischen Standorte der einzelnen asiatischen Länder Probleme mit sich, die — jedenfalls im gegenwärtigen Augenblick — nicht gelöst werden können.

Amerikas Politik des passiven In-schachhaltens der Kräfte in Asien erfreut sich zur Zeit der allgemeinen, wenn auch zum Teil schweigenden Zustimmung der nichtkommunistischen asiatischen Staaten. Aber es gibt viele kritische Hinweise darauf, daß es sich dabei lediglich um einen Notbehelf handle und daß die Vereinigten Staaten einfach darauf warten, daß China einige Vernunft zeigen werde, während nach der Meinung anderer Beobachter China gegenüber den Vereinigten Staaten auf das gleiche warte.

Englische Geschäftsleute, die früher einige der größten internationalen Handelsfirmen in China leiteten, sind heute geteilter Meinung hinsichtlich der besten Politik des Westens gegenüber Peking. Sie bekunden zumindest eine gewisse theoretische Sympathie für die Radford-

Doktrin. Sie bezweifeln, daß es möglich sei, mit der kommunistischen chinesischen Regierung vernünftige geschäftliche Beziehungen zu unterhalten, und daß diese sich als genügend vorteilhaft erweisen würden, um die Bemühungen um sie zu rechtfertigen. Schließlich fragen sie sich, ob angesichts eines erstarkenden China das Anwachsen des Kommunismus in Asien zum Stillstand gebracht werden könne und ob er nicht lieber mit allen Mitteln bekämpft werden sollte. Aber sie glauben nicht, daß eine politische und wirtschaftliche Isolierung das kommunistische Regime ernstlich bedrohen dürfte, selbst wenn dadurch seine Entwicklung verlangsamt würde. Sie halten es für aussichtsvoller, zu versuchen, Nutzen aus den möglichen Schwächen des chinesisch-russischen Bündnisses zu ziehen. Die englische Regierung gibt sich jetzt keinerlei Illusionen hinsichtlich der zukünftigen Handelspolitik der kommunistischen chinesischen Regierung mehr hin. Sie erwartet, diese werde dem Beispiel aller andern kommunistischen Länder folgen, und das bedeutet: internationalen Tauschhandel und Handel über Regierungsämter, nicht mit ausländischen, im Lande ansässigen Firmen. Wohl waren, so wird argumentiert, die früheren englischen Interessen in China wichtig, doch sind sie nicht so wichtig wie die englischen Exporte. Mit anderen Worten: vom Standpunkt der Engländer aus gesehen ist der Handel mit China wichtiger als der Handel in China.

Unsicherheitsfaktor Amerika

Ein Unsicherheitsfaktor in Asien ist die Ungewißheit über die künftige Richtung der amerikanischen Politik. Die vielen anderen widersprechenden Stimmen, mit denen die amerikanische Regierung so häufig spricht, unterminieren das Vertrauen in die führenden Persönlichkeiten Amerikas. In einer aus dem Gleichgewicht geratenen Welt, die die Macht der Vereinigten Staaten fürchtet, herrscht — und dies vor allem in Asien — die Neigung, die am schrillsten tönenden Stimmen aus Washington für maßgebend zu halten. In Japan beispielsweise, wo es eine alte Tradition der Geheimdiplomatie gibt, herrscht wenig Verständnis dafür, daß die amerikanische Demokratie das Bedürfnis hat, laut und vernehmlich zu denken. Asiatische Nationen, von denen manche erst kürzlich ihre Selbständigkeit erlangt haben, bringen es fertig, ihre Türen zuzuschlagen, wenn sie zu impulsiv umworben werden. Oder sie sind erstaunlich rasch beleidigt, wenn man sie auf Fehler aufmerksam macht.

Doch auf weite Sicht wird das In-schachhalten des Kommunismus in erster Linie eine Aufgabe der asiatischen Völker selber sein. Von diesem Tatbestand sollten sich die Entschlüsse der westlichen Politiker leiten lassen. In der Zwischenzeit wird freilich die Politik des Westens gegenüber Asien nicht nur von den Ereignissen auf diesem Kontinent, sondern auch von anderweitigen Veränderungen beeinflusst. Da die Sowjetunion eine europäische wie eine asiatische Macht ist, könnte die russische Politik in Europa möglicherweise durch die Geschehnisse in Asien mitbestimmt werden. Deshalb ha-

ben sich England und andere europäische Länder gegen jedwede Maßnahme ausgesprochen, die — wie beispielsweise eine Blockade der chinesischen Küste — Rußlands Teilnahme an einem Krieg in Asien bedingen würde, weil sie fürchteten, diese Teilnahme bliebe nicht auf Asien lokalisiert. Beobachter in Hongkong waren der Meinung, Peking überlasse, wenn auch nur widerwillig, die Herrschaft über Port Arthur den Russen, weil dies den Westen davor abschrecke, eine Blockade gegenüber China durchzuführen.

Somit dürfte, wie mir Ministerpräsident Yoshida selbst sagte, Asien noch mehrere Jahre lang ein Vakuum darstellen, was zur Folge haben wird, daß die Vereinigten Staaten im Grunde ganz allein das Gleichgewicht der Kräfte aufrechterhalten müssen. Angesichts dieser Sachlage sind sie auf die China zunächst gelegenen Stützpunkte, wie Japan, Formosa, Südkorea, Thailand, angewiesen, deren Wert umstritten sein dürfte, weil sie, mit Ausnahme von Japan, von Persönlichkeiten beherrscht werden, die bei den Massen der asiatischen Völker wenig Achtung und Unterstützung genießen.

Immerhin würde sich die Politik des Westens — sofern ein vernünftiges und wirksames Gleichgewicht der Kräfte in Asien geschaffen werden kann — auf lange Sicht wohl am besten auf eine indisch-japanische Entente stützen, die sich der Sympathie und Rückenstärkung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens erfreuen müßte. Eine solche Entente wäre im wesentlichen eine asiatische Angelegenheit. Sie würde von den Völkern Asiens nicht als ein

¹⁾ Vgl. F. v. Globig, Der verhinderte Pazifikpakt „Außenpolitik“, Jan. 1954 u. Beilage des „Parlament“ B VIII/54 3. März 1954. (Red.)

feindseliges Unternehmen empfunden werden und demzufolge ihre Unterstützung genießen.

Angesichts der gegenwärtigen indischen Politik der Nichteinmischung scheint dieser Gedanke freilich nicht eben realistisch zu sein, aber ich zweifle daran, ob Indien in dem Maße, in dem es wirtschaftlich und militärisch erstarken wird, geneigt sein wird, seine heutige Politik fortzuführen. Auch die Vereinigten Staaten von Amerika haben, nachdem sie ihre Unabhängigkeit erreicht hatten, zunächst eine Politik der Neutralität verfolgt. Daher braucht Indiens gegenwärtige Haltung die Amerikaner nicht allzu sehr in Erstaunen zu setzen. Als die Macht Amerikas zunahm, konnte es sich der Verantwortlichkeit und Teilnahme am Weltgeschehen nicht länger entziehen. Und ebensowenig wird sich Indien dieser Teilnahme entziehen können.

Gegenwärtig verfolgt Premierminister Nehru eine Außenpolitik des Nebeneinander mit dem kommunistischen China, während er innenpolitisch die Ausbreitung des Kommunismus offen und mit mehr Nachdruck bekämpft als manche westlichen Länder. Er glaubt, daß diese Politik es ihm ermöglichen werde, Indien zu einer Wirtschaftsmacht zu machen, was schließlich auch die militärische Stärke des Landes steigern würde. Auf dem Gebiet der Weltpolitik hat seine Neutralitätspolitik es ihm gestattet, eine nützliche Rolle als Vermittler zwischen den Vereinigten Staaten und China zu spielen, und die Inder sind stolz darauf, daß der Einfluß und das Prestige ihres Landes in der internationalen Politik in kurzer Zeit so beträchtlich zugenommen hat. Wie lange es Indien noch möglich sein wird, bei dieser Neutralitätspolitik zu bleiben, bleibt abzuwarten. Jedenfalls beobachten andere asiatische Staaten mit Interesse den Erfolg oder Mißerfolg dieser Politik, die auf die Haltung des übrigen Asien einen beträchtlichen Einfluß ausüben könnte. Vielleicht wird Indien früher oder später seine jetzige Politik dennoch aufgeben müssen. Vielleicht wartet es nur darauf, einen anderen asiatischen Bundesgenossen zu finden, um gemeinsam mit ihm das Gleichgewicht der Kräfte gegenüber der chinesischen Expansion zu wahren.

Japan blickt heute auf den asiatischen Kontinent in ähnlicher Weise wie England auf Europa. Es fühlt sich als Teil dieses Kontinents und betrachtet sich dennoch nicht als solchen. Seine natürlichen Interessen verweisen es auf China, doch zugleich kann es dem Gedanken gegenüber, von China in allzu große Abhängigkeit zu geraten und sich dadurch wirtschaftlicher und politischer Erpressung auszusetzen, nicht gleichgültig sein. Es wird sich deshalb gezwungen sehen, verschiedenartige Interessen zu verfolgen und seinen Blick auf Südostasien, vor allem auf Indien und Pakistan zu richten, die den anderen Pfeiler des Sicherheitssystems bilden. Es bestehen keine schwerwiegenden Gründe dagegen, daß Indien und Japan Verbündete werden. Sie dürften manches gemeinsam haben und einander in dem, was ihnen nicht gemeinsam ist, ergänzen. Ihre Interessen decken sich entweder oder sie passen sich einander in erstaunderlicher Weise an. Es besteht in Indien keine Feindschaft gegenüber Japan, wie sie in jenen Teilen Asiens,

die unter der grausamen japanischen Besetzung zu leiden hatten, herrscht. Auf wirtschaftlichem Gebiet ergänzen ihre Handelsinteressen sich eher, als daß sie einander konkurrieren. Japan vermag viel zur Industrialisierung Indiens beizutragen, und militärisch haben beide Länder ein gemeinsames Interesse daran, die chinesische Expansion in Schach zu halten.

Wenn Europa jahrzehntelang warten mußte, bis die Vereinigten Staaten bereit und imstande waren, sich auf eine Bündnispolitik einzulassen,

Wenn auch unter französischen Offizieren in Indochina viel von einem Waffenstillstand die Rede ist, so fand ich bei ihnen dennoch keinerlei klare Vorstellungen darüber, auf welcher Basis ein Friedensvertrag zustande kommen könnte. Falls die Genfer Verhandlungen praktisch irgendwohin führen sollten, wäre der erste weitere Schritt natürlich ein Waffenstillstand. Es könnte in diesem Falle keine Demarkationslinie geben, wie sie in Korea besteht; es müßten ihrer viele sein, die von besonderen Waffenstillstands-Kontrollkommissionen zu überwachen wären. Das würde vermutlich keine leichte Aufgabe sein. Zweifellos hätte jedoch ein Waffenstillstand gewisse Vorteile für die Franzosen. Ho Chi Minhs Truppen verfügen wohl über einige ständige Kader, bestehen jedoch zum großen Teil aus Freiwilligen, die sich aus den Vorräten des Landes verpflegen und mit Reis entlohnt werden. In der Mehrzahl besitzen sie nicht einmal Uniformen. Solche aus Freiwilligen bestehende Streitkräfte während längerer Zeit mobilisiert zu halten — und es ist angesichts der endlosen Verhandlungen über den Waffenstillstand in Korea anzunehmen, daß es sich um viele Monate handeln würde —, ist schwierig. Es ist wahrscheinlich, daß der größere Teil von ihnen auseinanderfallen würde. Auf der anderen Seite stellen die französischen und vietnamesischen Truppen eine disziplinierte, vortrefflich organisierte Armee dar, die — selbst nach Beendigung der Kampfhandlungen — viel leichter intakt zu halten wäre.

Im übrigen vermochten sich natürlich auch die politischen Konzessionen, die die Franzosen machten, indem sie Vietnam im Rahmen der französischen Union die Selbständigkeit anboten, infolge der massiven Anwesenheit der französischen Armee noch nicht recht auszuwirken. Dies wurde mir besonders deutlich, als mich überzeugt anti-vietminhische katholische Studenten der Universität Hanoi mit einem merklichen Unterton des Zweifels fragten, ob ich glaubte, die Franzosen meinten ihr Unabhängigkeitsangebot ehrlich. Dieser Zustand scheint mir ernstliche Nachteile mit sich zu bringen, denn es hängt viel davon ab, daß jene Vietnamesen, die sich Ho Chi Minhs Truppen angeschlossen haben, weil sie für die Freiheit, nicht aber für den Kommunismus kämpfen wollen, sich davon überzeugen, daß sie ihr eigentliches Ziel bereits erreicht haben.

Was die Bewahrung eines friedlichen Vietnam vor dem kommunistischen Einfluß anbelangt, so ist in dieser Hinsicht einer der heikelsten

so ist wohl auch Indien gegenüber Geduld vonnöten. Die Herstellung des Gleichgewichts in Asien dürfte fünf bis zehn Jahre erfordern. Inzwischen stellt sich den Staatsmännern des Westens das Problem, auf welche Weise das russisch-chinesische Bündnis zugleich in Schranken gehalten und gelockert werden könne und wie man den asiatischen Völkern gegenüber mit Geduld und Festigkeit aufzutreten habe, ohne in die Rolle des Befehlenden zu verfallen oder sich von ihnen befehlen zu lassen.

Indochina

Punkte die Tatsache, daß Kaiser Bao Dai, unter dessen Aegide die Westmächte eine Wiedervereinigung der Vietnamesen erhoffen, ein verhältnismäßig schwacher Mann ist, der nur sehr beschränkte Sympathien in seinem Volk genießt, während Ho Chi Minh, ein grausamer, anmaßender, durch die kommunistische Schule gegangener Führertyp, zur legendären Figur wurde. Wie populär er in Wirklichkeit ist, läßt sich heute nur schwer sagen, aber Kommunisten seines Schlages haben ihre eigenen, ganz bestimmten Wege, die Macht zu usurpieren. Zwar hat Bao Dai gegenwärtig an Macht gewonnen, doch als ich die Studenten in Hanoi fragte, was sie von ihm hielten, äußerten sie sich eher entschuldigend als im eigentlichen Sinne positiv. Es wäre denkbar, daß Ho Chi Minh dahin zielt, die Einsetzung einer Volksfrontierung durchzusetzen; das aber wäre zweifellos für die Interessen des Westens das Schlimmste.

In Washington ist jedenfalls der Gedanke an Waffenstillstandsverhandlungen mit Ho Chi Minh alles andere als populär. Doch genau so, wie die öffentliche Meinung Amerikas ungeduldig nach einem Waffenstillstand in Korea verlangte, fordert die öffentliche Meinung Frankreichs die Beendigung des Blutvergießens in Indochina, denn es herrscht das Gefühl, es werde dort, wie die Franzosen sagen, „pour le roi de Prusse“ gekämpft. Das heißt, nicht in ihrem eigenen Interesse, sondern im Sinne eines internationalen Unternehmens, um den Kommunismus daran zu hindern, ganz Südostasien zu verschlingen.

Bis vor kurzem war es für die Regierung der Vereinigten Staaten verhältnismäßig einfach, ihren Bürgern zu versichern, die Franzosen würden bis zum Endsieg kämpfen; ebenso fiel es den Franzosen nicht allzu schwer, mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung im eigenen Lande ihren Wunsch nach Verhandlungen zu betonen und zugleich das scheinbar endlose Ringen fortzusetzen. Jetzt ist aber eine bedeutend heiklere Phase erreicht. Früher oder später könnte sich daher der Westen in Indochina einer Situation gegenübergestellt sehen, die vielleicht noch schwieriger wäre als der Stand der Dinge in Korea.

*

Auf der Konferenz in Genf Ende April wird die Welt eine klarere Idee von den kommunistischen Absichten in Asien gewinnen können. Sie wird vielleicht französische Hoffnungen bestätigen, daß das Peking-Regime begierig ist, eine Milderung des Wirtschaftsembargos der Ver-

einten Nationen durch „ehrenhafte“ Waffenstillstandsbedingungen für Frankreich in Indochina zu erkaufen, oder sie kann die Ansicht der Vereinigten Staaten rechtfertigen, daß China kein Interesse an einer Entspannung in Asien habe.

Jedenfalls bedeutet die Genfer Konferenz für das kommunistische China einen Fuß in der Tür zur Arena der Diplomatie der großen Mächte. Amerikas Zustimmung, den Indochinakrieg zu diskutieren, überschreitet Verhandlungen mit einem Kriegführenden, wie sie im Fall Korea erfolgten. Weder China noch die Vereinigten Staaten sind direkte Teilnehmer am indochinesischen Konflikt. Und so sehr auch die Zustimmung von Dulles, über Indochina in Genf zu sprechen, ihm durch Bidault auferzungen war (der dieses Zugeständnis dem amerikanischen Außenminister entringen mußte, um der Abgeordnetenkammer gegenüberzutreten zu können), so stellt sie doch eine schweigende de facto Anerkennung des kommunistischen China durch die Vereinigten Staaten dar. Dies ist der erste Schritt auf einem langen, gewundenen Pfad, der zur Anpassung der amerikanischen Fernostpolitik an die Realitäten führt. Er bedeutet nicht, daß die Vereinigten Staaten in der nahen Zukunft China anerkennen oder sich leicht mit der Zulassung Peking zur UNO abfinden werden. Amerika wird,

wenn in Genf einiger Fortschritt zu verzeichnen ist, anfangen, nach einer Art von Beziehung zu tasten, wie es sie zu Rußland in den zwanziger Jahren unterhielt. Eine Beziehung, die auf wirtschaftliche und kulturelle Berührungen beschränkt war, aber vor der diplomatischen Anerkennung halt machte.

Die Genfer Konferenz wird wahrscheinlich Korea das gleiche bringen, was die Berliner Verhandlungen für Deutschland brachten: Die Einigung, die Spaltung des Landes fortzusetzen. Was Indochina betrifft, so ist es schwierig, sich vorzustellen, wie eine befriedigende Lösung gefunden werden kann, obwohl die Franzosen einige mächtige Karten gegen Peking auszuspielen haben. Sie könnten zum Beispiel Peking anbieten, Chinas Zulassung zu den Vereinten Nationen zu unterstützen, wenn Peking im Austausch dafür befriedigende Waffenstillstandsbedingungen mit Ho Chi Minh „vermitteln“ würde.

Solch ein Angebot würde allerdings die französische Politik in einen Gegensatz zur amerikanischen Position bringen. Mr. Dulles wird, durch den Kongreß gefesselt, nach Genf gehen. Wie Walter Lippmann es ausdrückt, werden die Vereinigten Staaten in Genf unwillig erscheinen, in Indochina zu kämpfen und unfähig zu verhandeln. Der Kongreß ist, im Gegensatz zu den An-

sichten des Staatsdepartments und Verteidigungsministeriums, kaum gegen einen Waffenstillstand gerichtet, denn er ist auch besorgt, daß die Vereinigten Staaten in einen nicht zu gewinnenden Krieg auf dem asiatischen Festland hineingezogen würden; aber gleichzeitig hat der Kongreß Dulles gemahnt, daß er dem kommunistischen China keine Zugeständnisse machen dürfe. Nichtsdestoweniger wird die Genfer Konferenz einen langsamen, zögernden und unbeständigen Prozeß der politischen Anpassung an die Realitäten in Asien einleiten, und das gilt ebenso für das kommunistische China wie für die Vereinigten Staaten von Amerika.

Anmerkung

Jordan, Pascual, Dr. phil. U. Prof. in Hamburg, geb. in Hannover 18. 10. 02. Lehrgebiet: Theoretische Physik.

Robert Boothby, Konservatives Parlamentsmitglied des englischen Parlamentes für den Wahlbezirk East Aberdeenshire.

Woodrow Wyatt, Labour - Abgeordneter im Britischen Parlament für den Wahlbezirk Ashton von Birmingham, Parlamentarischer Unterstaatssekretär und Finanzsekretär, Kriegsministerium Mai—Oktober 1951.

Henry O. Brandon ist Korrespondent der Londoner „Sunday Times“ in Washington. Die hier vorgelegten Berichte über Asien sind, mit Ausnahme des letzten Teiles über die Genfer Konferenz, zuerst in der „Neuen Zürcher Zeitung“ veröffentlicht worden.

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preise von DM 1,19 monatlich bei Postzustellung (einschl. Beilage) nur an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Hans Asmussen: „Der theologische Standort für eine evangelische Stellungnahme zum Europaproblem“
- Franziska Baumgarten-Tramer: „Charakter und Demokratie“
- Bruno Brehm: „Vor vierzig Jahren“
Zur Erinnerung an Serajevo — aus österreichischer Sicht
- Bernhard Brodie: „Atomwaffen: Strategie oder Taktik?“
- Freiherr von der Heydte: „Freiheit und Sicherheit in der modernen Demokratie“
- G. F. Hudson: „Zwischen Berlin und Genf“
- Artur W. Just: „Situation der Volksrepublik China“
- Kurt Georg Kiesinger: „Haben wir noch den Bürger?
Die Problematik des Parteienstaates“
- Adelbert Weinstein: „Die Verteidigung ist unteilbar“
- Deutsche Gespräche über den Widerstand: „Die Vollmacht des Gewissens“
Die Rechtslage im Terrorstaat
Der Landesverrat
Das Widerstandsrecht
Der Eid
(Europäische Publikation Nr. 4—7)
- Eine Zusammenstellung der aktuellen politischen Literatur: „Im Brennpunkt Zeitgeschichte“
-
-